konzeptwerk
neue ökonomie

Ist Klima-gerechtigkeit wählbar? »

Eine » Wahlprogramm Analyse

EINLEITUNG » SEITE 1

KLIMABUDGETS & KLIMAZIELE » SEITE 5

WIRTSCHAFTS SYSTEM » SEITE 11

ENERGIE WIRTSCHAFT » SEITE 25

INDUSTRIE » SEITE 29

VERKEHR » SEITE 35

LAND WIRTSCHAFT » SEITE 41

WOHNEN & GEBÄUDE » SEITE 47

FAZIT » SEITE 53

DIES IST KEIN WAHL-O-MAT!

Es gibt viele Möglichkeiten unsere Gesellschaft demokratischer zu gestalten:

Als Aktive in sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, in lokalen Räten oder Stadtteilläden, im Rahmen von Volksinitiativen und Referenden, in Genossenschaften, Kollektiven u.v.a.

Der Fokus der öffentlichen Diskussion auf Parteien, ihre Programme und ihr Personal hingegen verfestigt die Selbstverständlichkeit, mit der wir akzeptieren, dass andere Menschen über unser Leben entscheiden. Diese machtunkritische Haltung wollen wir nicht fortschreiben. Daher geht es uns mit der Analyse der Wahlprogramme nicht so sehr darum, eine Wahlempfehlung zu geben. Stattdessen wollen wir sichtbar machen, wo sich der parteipolitische Diskurs derzeit befindet, relativ zu dem für Klimagerechtigkeit politisch Notwendigen.

Wer sich über die eigene Wahlentscheidung Gedanken macht, ist dennoch herzlich eingeladen, diese Analyse dafür zu nutzen.

Die Analyse basiert auf den Wahlprogrammen der Parteien vom 31.7.2021. Änderungen der Wahlprogramme oder weitergehende Politikvorschläge, die außerhalb der Programme gemacht wurden, werden nicht berücksichtigt.

Klimagerechtigkeit ist nichts, was eine zukünftige Regierung einfach umsetzt. Dazu braucht es eine sozial-ökologische Transformation – eine Systemveränderung, die deutlich über die aktuellen Vorschläge der Parteien hinausgeht. Trotzdem wollen wir einen Überblick über die Programme der fünf großen demokratischen Parteien geben. Dies tun wir in einem Moment, in dem Dürren, Waldbrände und Überschwemmungen deutlich machen:

Die Klimakrise ist nicht Zukunft – sie ist Gegenwart.

Ihre Auswirkungen sind katastrophal und trotzdem noch harmlos gegenüber dem, was uns bei einer weiteren Erwärmung erwartet. Daher müssen wir jetzt, das heißt in den nächsten 5-10 Jahren, die Weichen stellen für eine Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht nur klimaneutral ist, sondern klimagerecht. In der wir also nicht nur Treibhausgase verringern, sondern insgesamt nicht mehr auf Kosten der Umwelt und Menschen des globalen Südens leben. Solange wir an einem Wirtschaftssystem festhalten, das auf Wachstum und Ausbeutung beruht, reichen technische Änderungen hierfür genauso wenig,wie persönlicher Verzicht.

In dieser Wahlprogrammanalyse diskutieren wir, inwiefern die politischen Parteien eine entsprechend transformative Politik anstreben. Dabei ist uns bewusst:

- Wahlprogramme sind Versprechen, die oft gebrochen werden. Außerdem enthalten sie eher dann weitreichende und politisch schwieriger umzusetzende Maßnahmen, wenn die Teilnahme der entsprechenden Partei an der Regierung unwahrscheinlich ist (z.B. die Linke) im Gegensatz zu Parteien, die auf vermeintliche Koalitionspartner*innen Rücksicht nehmen wollen (z.B. Grüne). Trotz allem sind Wahlprogramme das Format, mit dem Parteien für ihre Politik werben, ihre Positionen beschreiben, Leitplanken künftiger Regierungspolitiken festlegen und die öffentliche Debatte prägen. In dieser Funktion spielen sie eine wichtige Rolle im politischen Diskurs.

- Wahlprogramme formulieren in erster Linie Vorhaben für die nächste Legislaturperiode – daher ist klar, dass sie auf der Ebene der Maßnahmen zur Erreichung umfassenderer Ziele oft nur erste Schritte beschreiben.

Wir betrachten nur die Parteien CDU/CSU, Grüne, SPD, Die Linke und FDP – das entspricht allen derzeit im Bundestag vertretenen Fraktionen bis auf die AfD. Die AfD ist antidemokratisch, offen rassistisch und in Teilen faschistisch – wir wollen durch einen Vergleich mit anderen Parteien nicht zu ihrer Normalisierung beitragen. Außerdem ist das Programm einer Partei, die den menschengemachten Klimawandel leugnet, irrelevant aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive. Neben den hier analysierten Parteien gibt es kleinere Parteien und Neugründungen, die zum Teil sehr ambitionierte Klimapolitik formulieren, wie z.B. die →Klimalisten.

Folgende Überzeugungen leiten unsere Analyse:

- Um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern, muss die globale Erderwärmung auf höchstens 1,5°C begrenzt werden.
- Aus diesem Ziel lässt sich ein verbleibendes Treibhausgasbudget für Deutschland ableiten, das eine vollständige Dekarbonisierung innerhalb weniger Jahre notwendig macht. siehe Klimabudgets
- Hierfür braucht es eine sozial-ökologische Transformation, die globale Gerechtigkeit anstrebt und ein gutes Leben für alle zum Ziel hat.
- Die Klimakrise wird durch ein Wirtschaftssystem angeheizt, das auf sozialer (globaler) Ungleichheit basiert. Klimapolitik kann nicht isoliert funktionieren, sie muss soziale Fragen nach gesellschaftlicher Ungleichheit und Diskriminierung mitdenken und Teil einer Politik sein, die diese abbaut.

Wir versuchen in unserer Analyse möglichst transparent vorzugehen. Hierfür haben wir pro Sektor Kriterien formuliert, anhand derer wir bewerten, wie geeignet die Politikvorschläge für die zeitnahe und umfassende Organisation einer sozial-ökologischen Transformation sind. Dabei beruht die Bewertung der Wahlprogramme natürlich auf qualitativen Abwägungen des Autor*innenteams. Das beinhaltet z.B. Abwägungen zwischen Programmen mit weitgehenden Zielen, aber ohne ausreichend konkrete Maßnahmen und Programmen mit expliziten Maßnahmen, die aber nicht allzu ambitioniert sind. Die Bewertung erfolgt durch ein Farbsystem mit vier Farben: Rot, Orange, Gelb, Grün, um Unterschiede zwischen den Parteien sichtbar zu machen – sofern uns dies vertretbar erscheint.

ROT

Die Partei schlägt keine, völlig unzureichende oder sogar Maßnahmen vor, die zu mehr Klimazerstörung führen.

ORANGE

Das Wahlprogramm wird den Kriterien sehr wenig gerecht oder nennt widersprüchliche Maßnahmen.

GELB

Die Partei schlägt Ziele bzw. Maßnahmen vor, die zwar in die richtige Richtung gehen, aber bei Weitem nicht ausreichen.

GRÜN

Die Partei formuliert klare Schritte, die einen Einstieg in eine sozial-ökologische Transformation darstellen. Das heißt jedoch oft nicht, dass mit diesen Schritten bereits Klimagerechtigkeit erreicht würde.

Deutlich weitgehendere Vorschläge für eine klimagerechte Politik als die der analysierten Parteien finden sich hier:

DAS MACHEN ANDERE:

→Sofortprogramm Klimagerechtigkeit
Von mehreren zivilgesellschaftlichen Gruppen erstellt, bietet es eine kurze Liste mit weitgehenden Forderungen.

→Klimarat
Gremium aus 160 zufällig ausgewählten Menschen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine ambitionierte Klimaschutzpolitik will.

→Societal Transformation Scenario
Eine Studie, die konkrete Maßnahmen zur Verringerung des Konsums im globalen Norden vorschlägt, um die 1,5°C-Grenze einzuhalten.

→Klima Allianz Deutschland
Deren Forderungen bilden den Konsens einer großen Anzahl von Organisationen ab.

→Zukunft für alle. Eine Vision für 2048.
In dem Buch vom Konzeptwerk Neue Ökonomie wird eine klimagerechte Gesellschaft im Jahr 2048 skizziert.

Ein Maßstab dafür, wie ernsthaft es die Parteien mit ihrer Klimapolitik meinen, sind die formulierten Ziele für das Erreichen von Klimaneutralität und das darin meist implizit für Deutschland vorgesehene CO2-Budget. Die erste Frage muss daher lauten: **Sind diese Ziele überhaupt in Ansätzen ausreichend, um einen global gerechten Pfad der Emissionsreduktionen einzuschlagen, der es ermöglicht die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen?**

Klimawissenschaftler*innen haben errechnet, wie viele Tonnen CO2 noch ausgestoßen werden dürfen, wenn die Erderwärmung auf möglichst 1,5°C, in jedem Fall aber *deutlich unter* 2°C begrenzt werden soll. Diese Menge ist das global verfügbare CO2-Budget. Wenn dieses Budget gleichmäßig auf alle Menschen weltweit aufgeteilt wird, lässt sich das nationale CO2-Budget für ein Land wie Deutschland errechnen. Dabei werden historische Klimaschulden allerdings komplett ausgeblendet. Eine Reihe weiterer Einschränkungen lassen dieses Budget zudem aus Klimagerechtigkeitsperspektive noch zu großzügig erscheinen.

KLIMAUNGERECHTIGKEIT UND DIE ANERKENNUNG HISTORISCHER KLIMASCHULDEN

Bei der Berechnung der nationalen CO2-Budgets müssten auch die historischen Klimaschulden eines jeden Landes berücksichtigt werden. Deutschland profitiert z.B. bis heute davon, überdurchschnittlich viel CO2 zu emittieren. Reiche Länder haben die Klimakatastrophe maßgeblich verursacht, ärmere Länder leiden aber am stärksten unter den Folgen. Daher sollte Deutschland auch stärkere Anstrengungen für deren Begrenzung vornehmen. Für die Zukunft würde das bedeuten, dass Deutschland einen deutlich geringeren Anteil des global noch verfügbaren Budgets emittieren darf, als sich aus einer weltweiten Pro-Kopf-Verteilung des Emissionsbudgets ergibt. Doch die Begrenzung der deutschen Emissionen auf ein wirklich klimagerechtes CO2-Budget unter Berücksichtigung historischer Klimaschulden ist nicht mehr umsetzbar bzw. wäre ein Negativ-Budget. Für die Anerkennung und Kompensation von Klimaschulden müssen reiche Länder – neben schnellstmöglicher Emissionsreduktion – auch andere Wege gehen. Zentral dabei sind eine global gerechte Transformation des Welthandels und -wirtschaftssystems, umfassende Finanzhilfen für Klimaschutz und Klimaanpassung, technologische Transfers und eine Freigabe aller Patente, sowie Reparationen in Milliardenhöhe für die schon heute unvermeidbaren Schäden und Verluste besonders von der Klimakrise betroffener Länder des Globalen Südens.

Wie groß ist das für Deutschland verbleibende CO2-Budget? Selbst der ambitionierteste Maßstab, mit dem der Weltklimarat (IPCC) rechnet, bedeutet *nur* noch eine 2/3-Chance auf das Erreichen des 1,5°C-Ziels. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) berechnete auf Grundlage des IPCC-Budgets ein gleichmäßiges Pro-Kopf-Emissionsbudget. Dabei bleiben für Deutschland ab 2020 weniger als 2,5 Gigatonnen CO2.* Da selbst im Corona-Jahr 2020 weitere 644 Mio. Tonnen Emissionen anfielen und diese 2021 voraussichtlich sogar wieder steigen, dürften unter der neuen Regierung ab 2022 – und allen zukünftigen Regierungen – insgesamt nicht mehr als 1,16 Gigatonnen ausgestoßen werden. Das sind weniger als zwei Jahre, die bleiben, wenn Deutschland auf dem derzeitigen Niveau stagniert!

Erreichen die in den Wahlprogrammen genannten Zielmarken die notwendigen Emissionsreduktionen? Nein!

Die Zielpfade **aller** Parteien führen zu einem deutlichen Überschreiten dieses Budgets. Auch daher unsere Einschätzung: Klimagerechtigkeit steht nicht zur Wahl! Bei den für Deutschland erkennbaren Klimazielen der Parteien wie auch bei den politischen Maßnahmen für die einzelnen Sektoren zeigen sich dennoch klare Unterschiede und Abstufungen. **Zur Wahl steht damit aktuell ein Mehr oder Weniger an Klimazerstörung.**

* → Sachverständigenrat der Bundesregierung (SRU)

Nach der Rechenweise des SRU blieben Deutschland ab 2020 2,47 Gigatonnen CO_2. Diese Zahl wird dort nicht genannt, da sich der SRU auf weniger ambitionierte Pfade konzentriert, die er politisch für realistischer hält. Wir haben die Budgets nach dem Berechnungsschlüssel des SRU ermittelt. Alle Zahlen sind nach Territorialprinzip ermittelt: Es zählen also die in Deutschland anfallenden Emissionen. Die durch Konsum in Deutschland nach Berücksichtigung von Im- und Exporten anfallenden Emissionen sind etwas niedriger, da Deutschland überdurchschnittlich viele Güter exportiert.

Wie sich das Budget verändert, wenn das Ziel reduziert wird – die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C mit einer nur 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit bzw. auf nur 1,75°C zeigt die folgende Tabelle:

Temperatur-ziel	Wahrschein-lichkeit	CO_2-Budget für Deutschland ab 2022 (Mt)	Wenn weiter wie 2018–2020 emittiert wird, reicht das Budget bis...
1,5 °C	50,00%	2.893	2026
1,5 °C	66,67%	1.159	2023
1.75 °C	50,00%	7.953	2032
1.75 °C	66,67%	5.339	2029

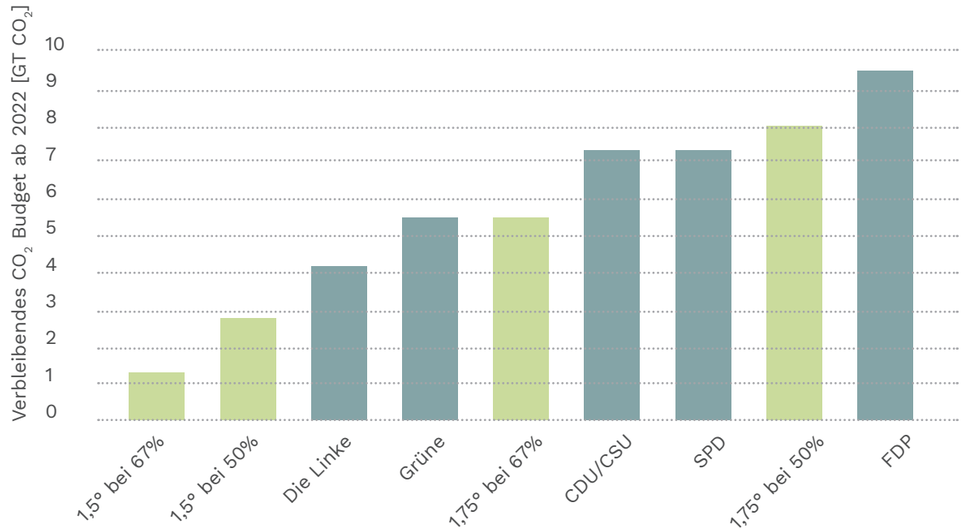
Die hier verwendeten Budgets sind aus Klimagerechtigkeitsperspektive sehr konservativ berechnet, denn:

- Historische Klimaschulden werden nicht berücksichtigt.
- Die Budgets bieten nur eine 50-prozentige bzw. 67-prozentige Chance zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze.
- Die vom IPCC errechneten Budgets werden von Wissenschaftler*innen für zu großzügig gehalten, da Rückkopplungseffekte im Klimasystem stärker wirken könnten. *1
- Die nationalen CO2-Budgets klammern den internationalen Flug- und Schiffsverkehr vollkommen aus, obwohl die Emissionen hier stark wachsen und klimafreundliche technische Alternativen fehlen.
- Berechnet werden nur CO2-Budgets in der optimistischen Annahme, dass andere Treibhausgasemissionen wie z.B. Methan verlässlich separat gesenkt werden und nicht etwa durch veränderte Landnutzung zusätzliche Emissionen entstehen.
- In den Wahlprogrammen wird oft vage von *Klimaneutralität* oder *Netto-Null* gesprochen. Das heißt, es wird eigentlich von ggf. deutlich höheren Emissionen ausgegangen, die rechnerisch durch *Negativemissionen* ausgeglichen werden sollen. Dies erfordert Technologien des Geoengineering wie Carbon Capture and Storage (CCS) oder Carbon Dioxide Removal (CDR), deren technische und wirtschaftliche Machbarkeit fraglich ist und deren Folgewirkungen nicht absehbar sind. *2

CO_2 BUDGETS

FÜR ECHTE KLIMA GERECHTIGKEIT ZU GROSSZÜGIG

CO2-Budgets im Vergleich: einerseits verbleibende Budgets laut SRU (grün), andererseits die Budgets, die die Parteien in ihren Wahlprogrammen bis zur vollständigen Dekarbonisierung vorsehen:



zum weiterlesen

#showyourbudgets
→ Klimabudgets für jedes Land verständlich erklärt

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU):
→ Pariser Klimaziele erreichen mit dem CO2-Budget

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change):
→ Special Report – Global Warming of 1,5 °C

1 | Siehe z.B. Naomi Oreskes/Michael Oppenheimer/Dale Jamieson: Scientists Have Been Underestimating the Pace of Climate Change → https://bit.ly/3m4cbNW

2 | Einige dieser Faktoren wurden in den Budgetpfaden von #showyourbudgets berücksichtigt. → https://bit.ly/3lYyGnl

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Klimabudgets und -ziele	Die Union hält an der von der Großen Koalition bereits beschlossenen Klimaneutralität bis 2045 fest. Die von der GroKo beschlossenen Zwischenziele für 2030 (-65% ggü. 1990) und 2040 (-88% ggü. 1990) werden genannt. Verbleibende Emissionen sollen nach 2045 über Negativemissionen (CDR) ausgeglichen werden.	Die Grünen zitieren das verbleibende Klimabudget von 6,6 Gt CO_2 ab 2020 des SRU und behaupten dabei fälschlich, es würde für eine 2/3-Chance auf 1,5°C ausreichen (laut IPCC/SRU bietet es eine 2/3-Chance auf 1,75°C). Immerhin arbeiten sie allerdings als einzige Partei überhaupt mit einem Budget. Damit wollen sie Klimaneutralität etwa 2041 erreichen. Das Ziel für 2030 soll auf mindestens -70% ggü. 1990 erhöht werden. Negativemissionen oder Kohlestoffspeicherung (CCS) sind kein Thema.	Die SPD bleibt wie ihre Koalitionspartnerin bei Klimaneutralität bis 2045. Die von der GroKo beschlossenen Zwischenziele für 2030 (-65% ggü. 1990) und 2040 (-88% ggü. 1990) werden genannt. Negativemissionen sind kein Thema.	Die Linke will, dass die BRD bis *spätestens* 2035 klimaneutral wird. Das Ziel für 2030 soll auf mindestens -80% ggü. 1990 erhöht werden. Negativemissionen werden nicht thematisiert. CCS soll verboten werden.	Die FDP zitiert 2050 als Zieljahr für Klimaneutralität. Durch die Förderung von Negativemissionstechnologien und CCS soll frühere Klimaneutralität ermöglicht werden. Kein angehobenes Ziel für 2030 wird formuliert.
CO_2-Budget ab 2022*	7,1 Gt	5,3 Gt	7,1 Gt	4,2 Gt	9,4 Gt

Wir wurden auf zwei Fehler in unseren ursprünglichen Partei-Budget-Darstellungen aufmerksam gemacht, für die wir uns entschuldigen. Wir haben seit der Erstveröffentlichung folgende Angaben korrigiert: Die Linke hat in der letzten Version ihres Wahlprogramms das 2030-Zwischenziel auf -80% angehoben, wodurch sich das Gesamtbudget von 4,9 auf 4,2 Gt CO_2 verringert. Bei der FDP war uns in der Tabelle ein Fehler unterlaufen (die Darstellung in der Balkengrafik war korrekt) – das Budget beträgt 9,4 statt 10,7 Gt CO_2.

* Für die Berechnung ungefährer Budgets aus den genannten Emissionszielen sind wir von linearen Reduktionspfaden zwischen 2022 und dem Zieljahr für Klimaneutralität ausgegangen, sofern die jeweiligen Parteien keine anderen Angaben dazu gemacht haben. Wurden Zwischenziele genannt, so haben wir lineare Reduktionspfade von einem Zielpunkt zum nächsten angenommen. Die Grünen, die als einzige Partei mit einem Budget arbeiten, wollen statt eines linearen Pfades eine stärkere Reduktion in den ersten Jahren. So soll ihr Budget zum Ende hin deutlich länger vorhalten als das von uns für Die Linke errechnete, obwohl es nur wenig größer ist. Für 2021 haben wir Emissionen von 670 Mt geschätzt (Vergleichswerte vom Umweltbundesamt: 2019 711 Mt, 2020 geschätzte 644 Mt; 1990 waren es 1.052 Mt).

Die in den folgenden Kapiteln diskutierten Einzelmaßnahmen in der Energiewirtschaft, in der Industrie, im Verkehr, in der Landwirtschaft sowie im Bereich Wohnen & Gebäude sind wichtig für einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft. Aber auch die grundlegende Struktur des Wirtschaftssystems spielt eine entscheidende Rolle. Bevor wir in die detailliertere Analyse der Wahlprogramme zu verschiedenen Sektoren einsteigen, diskutiert dieses längere Kapitel Grundlagen des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftssystem und Klimakrise, mögliche Auswege und die entsprechenden Positionen der Parteien.

Warum muss für Klimagerechtigkeit das Wirtschaftssystem transformiert werden?

Eine kapitalistische Wirtschaft, die maßgeblich auf Profitorientierung und Wettbewerb beruht, ist auf andauerndes Wirtschaftswachstum angewiesen. Ohne allseitige Wachstumserwartung rutscht eine wachstumsabhängige Ökonomie in die Rezession und es setzen Kriseneffekte ein: Investitionen und Kredite werden zurückgehalten, Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze und faire Umverteilung wird noch schwieriger durchsetzbar. Einzelne Unternehmen sind durch den Konkurrenzdruck gezwungen, möglichst viel möglichst billig zu produzieren und die sozialen und ökologischen Folgekosten abzuwälzen. Regierungen wiederum sehen sich im internationalen Standortwettbewerb darauf angewiesen, attraktive Bedingungen für Kapitalinvestitionen zu schaffen. Soziales und Ökologie erscheinen in einem solchen Wirtschaftssystem strukturell als Störfaktoren, die das Wachstum bedrohen.

Grünes Wachstum?

Die Antwort vieler Parteien, Verbände und Expert*innen auf die Klimakrise lautet: Damit das System in Zeiten der Erderhitzung und anderer ökologischer Krisen weiter funktionieren kann, brauchen wir *grünes Wachstum,* d.h. ein Wachstum, das von Naturzerstörung *entkoppelt* ist. Geschehen soll dies über die Förderung erneuerbarer und umweltfreundlicher Technologien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Das ist eine sehr riskante Strategie. Denn rein technische Effizienzgewinne sind, das zeigt die Forschung zum Thema, zu begrenzt für eine sozial-ökologische Transformation, unter anderem deshalb, weil sie in der Regel einen Mehrverbrauch begünstigen, der die ökologischen Einsparungen zu einem erheblichen Teil wieder zunichte macht (*Rebound-Effekt*). Zudem sind Artenvielfalt, sensible Ökosysteme und begrenzte Ressourcen durch die ständig zunehmende Förderung von Rohstoffen mit häufig toxischen Methoden weiterhin bedroht. Diese werden auch für erneuerbare Energien und neue Verkehrsmittel wie Elektroautos benötigt, die somit nicht in endlosen Mengen nutz- und produzierbar sind.

Ganz neue technologische Entwicklungen schaffen es selten, gleichzeitig dramatische ökologische Verbesserungen und das erwünschte Produktivitäts- und Wachstumspotenzial zu liefern. Zum Beispiel können Autos zwar mit Strom oder Wasserstoff aus erneuerbaren Energien betrieben werden, aber auch das benötigt riesige neue Infrastrukturen (Batterien, Brennstoffzellen, Stromerzeugungskapazität, Verteilungsnetze) sowie den Erhalt alter Infrastrukturen (Straßen, Parkplätze). Unter diesen Bedingungen ist es kaum möglich, den Verkehrssektor gleichzeitig viel ökologischer zu gestalten. Die ökologischsten Alternativen wie Fuß- und Radverkehr oder der ÖPNV wiederum bieten keine attraktiven Wachstumsmärkte. *Grün* und *Wachstum* geraten hier offensichtlich in Konflikt.

WAS IST DAS ZIEL DES WIRTSCHAFTENS

Das Wirtschaften soll unsere materiellen Bedürfnisse befriedigen – daher seine zentrale gesellschaftliche Bedeutung. Davon gehen auch Konzepte einer sozial-ökologischen Transformation aus. Doch im gegenwärtigen System ist zuerst der erwartete Profit das entscheidende Kriterium dafür, was und wie viel produziert wird – und nicht, was alle Menschen für ein gutes Leben brauchen. Die Nachfrage am Markt soll die Bedürfnisse der Bevölkerung ganz automatisch zum Ausdruck bringen und befriedigen. Doch das ist zum einen verschwenderisch: So werden in der wachstumsorientierten Wirtschaft immer neue Luxusbedürfnisse wie schwere SUVs *erfunden* für diejenigen, die es sich leisten können. Zum anderen übergeht der Markt wichtige Bedürfnisse für die Betroffenen, die nicht genügend Geld haben. Dabei verschwinden bestimmte Bedürfnisse und die Arbeit, die zu ihrer Erfüllung geleistet wird, schnell aus dem Blick. Vor allem die Sorgearbeit, die zum größten Teil unbezahlt in Haushalten geleistet wird sowie schlecht bezahlt in Krankenhäusern, Erziehungseinrichtungen und Pflegeheimen. Zahlungskräftige Nachfrage am Markt kann also nicht einfach mit tatsächlichen Bedürfnissen gleichgesetzt werden. Eine sozial-ökologische Transformation muss das Wirtschaftssystem auf seinen wichtigsten Zweck ausrichten: **Menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.**

Wer entscheidet?

Im Wirtschaftssystem werden täglich ökologisch wie sozial folgenreiche Entscheidungen getroffen. Doch wer hat die Macht mitzuentscheiden? Mitbestimmung soll in der Marktwirtschaft über Kaufentscheidungen erfolgen, doch die Entscheidungsmöglichkeiten sind begrenzt, z.T. überfordernd, abhängig von der Kaufkraft und werden auf die Einzelnen abgewälzt. Über Produktionsprozesse entscheiden bisher nur die wenigen, die die Betriebe leiten – und auch die zwingt der Konkurrenzkampf am Markt meistens, möglichst billig zu produzieren und die sozialen und ökologischen Folgekosten auszulagern. Eine sozial-ökologische Transformation muss auch die Veränderung solcher Entscheidungs- und Mitbestimmungsstrukturen beinhalten, weg vom *stummen Zwang* des Marktes hin zu demokratisch vereinbarten Entscheidungen über Wirtschaftsstrukturen, die auch suffiziente Lebensweisen ermöglichen.

Global denken

Der Wohlstand globaler Ober- und Mittelschichten basiert bis heute auf der Ausbeutung von Menschen und Natur, insbesondere in sehr ungleichen Nord-Süd-Beziehungen. Auch der massive Ausbau vermeintlich *grüner* Technologien hängt in vielen Fällen vom zerstörerischen Rohstoffabbau im Globalen Süden ab. Dabei sind lange Transportketten für sich schon ökologisch problematisch, zumal im Schiffs- und Luftfahrtsektor in den nächsten Jahren keine ökologischen Alternativen zur Verfügung stehen werden. Eine sozial-ökologische Transformation muss auch globale Verhältnisse und Wirtschaftsbeziehungen sozial gerecht umgestalten.

Was muss passieren?

In den nächsten Jahrzehnten wird es entscheidend sein, die Wirtschaft zunehmend gemeinwohl- und bedürfnisorientiert auszurichten und damit weniger wachstumsabhängig zu gestalten. Wenn Profitinteressen und Wachstumsabhängigkeit zurückgedrängt werden, müssen soziale und ökologische Interessen nicht mehr im Widerspruch zueinander stehen, sondern können in einer nachhaltigen, gerechten Wirtschaftsordnung vereint werden. Eine solidarische Wirtschaft für alle würde über die Aufwertung von Sorgearbeit die Bedürfniserfüllung für alle innerhalb der vorhandenen ökologischen Spielräume in den Vordergrund stellen. Private Ansprüche auf die Vermehrung von Eigentum dürfen nicht mehr über menschlichen Grundbedürfnissen und ökologischer Stabilität stehen.

Wirtschaftsdemokratie

Um das zu ermöglichen, müssen Eigentumsverhältnisse und Betriebsformen sukzessive verändert werden. So sollten Entscheidungen über Produktion und Wirtschaftsabläufe insgesamt demokratischer getroffen werden. In genossenschaftlichen und kollektiv organisierten Betrieben ohne Profitzwang etwa können Beschäftigte und Nutzer*innen gemeinsam entscheiden, was, wie und wie viel produziert wird. Sie gilt es zu fördern und vor Wettbewerbsdruck zu schützen, damit sie nicht durch den Markt zu unökologischen und unsozialen Wirtschaftspraktiken gezwungen werden. Staatliche Einrichtungen müssen im Rahmen ihrer Beschaffungs- und Vergabepraxis Einfluss nehmen, indem sie starke ökologische und soziale Kriterien verankern und dabei auch insbesondere nicht-gewinnorientierte Unternehmen stärken. Auch andere grundlegende Versorgungseinrichtungen – wie Stadtwerke, Krankenhäuser und Wohnungsbaugesellschaften – sollten gemeinwohlorientiert und demokratisch betrieben werden.

Arbeit & materielle Absicherung

Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das materielle Sicherheit für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen ermöglicht. Dazu gehören gerechte und ökologisch nachhaltige Verteilungsmechanismen, aber auch eine andere Definition von Wohlstand. Ein wichtiger Schritt dafür wäre eine spürbare allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die ökologisch vorteilhaft ist und gleichzeitig hilft, Arbeit gerechter zu verteilen.*1 Langfristig kämen durch ein Recht auf Arbeit und gleichzeitig radikal verkürzte Arbeitszeiten alle Menschen leichter an Jobs und könnten gleichzeitig mehr Zeitwohlstand genießen. Diese Umverteilung von Arbeit muss auch die unbezahlte Sorgearbeit betreffen. Die materielle Sicherheit aller muss auch unabhängig vom Marktgeschehen gewährleistet werden, etwa durch ein Grundein- bzw. auskommen*2 und eine öffentliche Jobgarantie. So wären Menschen nicht mehr darauf angewiesen, unter allen Umständen auch unwürdige, schlecht bezahlte, sinnentleerte und/oder ökologisch zerstörerische Arbeit anzunehmen.

1 | Für England hat die New Economics Foundation vorgeschlagen, die Arbeitszeit aus ökologischen Gründen auf 21 Stunden pro Woche zu begrenzen.
Siehe → https://neweconomics.org/2010/02/21-hours

2 | *Grundauskommen* meint, dass die Gesellschaft sich auch über individuelle Geldzahlungen hinaus zur Erfüllung von Grundbedürfnissen der Einzelnen verpflichtet. Aspekte davon sind quer durch die Wahlprogramme zu finden (Krankenversicherung, Bildungszugang etc.) und daher weniger leicht zusammenzufassen. An dieser Stelle konzentrieren wir uns daher auf Geldleistungen.

Lokal wirtschaften, global denken

Für globale Gerechtigkeit wie für ökologische Nachhaltigkeit ist es wichtig, Wirtschaftskreisläufe stärker regional zu begrenzen, zum Beispiel im Bereich Ernährung oder in der industriellen Produktion. Bei importierten Rohstoffen und Produkten müssen die vertreibenden Firmen stärker als im stark verwässerten aktuellen Lieferkettengesetz und verbindlich auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet werden. Auch Kapitalströme über Grenzen hinweg müssen wieder stärkeren Kontrollen unterworfen werden, da andernfalls die Macht von Unternehmen und Finanzinvestor*innen immer weiter wächst.

Freihandelsabkommen, die systematisch soziale Rechte und Umweltschutz zugunsten von Konzerninteressen untergraben, dürfen nicht mehr unterzeichnet werden. Bestehende Abkommen müssen entsprechend reformiert oder aufgelöst werden. An ihrer Stelle braucht es faire Kooperationsabkommen, die Ländern des Globalen Südens eine selbstbestimmte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

zum weiterlesen

Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.):
→ Zukunft für Alle. Eine Vision für 2048.

European Environmental Bureau:
→ Decoupling debunked – Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.):
→ A Societal Transformation Scenario for Staying Below 1.5 °C

→ Netzwerk Ökonomischer Wandel (NOW)

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Ziel einer grundlegenden sozial-ökologischen Neuausrichtung der Wirtschaft	Die Union will grünes Wachstum durch die Fortschreibung der *sozialen Marktwirtschaft*, die ihrer Meinung nach jetzt schon *Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt*. Strukturelle Probleme werden nicht anerkannt.	Die Grünen wollen die *sozial-ökologische Transformation einläuten*. Ihr Ziel ist dabei eine *sozial-ökologische Marktwirtschaft* – also auch grünes Wachstum mit Deutschland als *grünem* Weltmarktführer. Wachstumsorientierung und soziale Verhältnisse im Kapitalismus werden nicht grundsätzlich kritisiert.	Die SPD zeichnet ein Zukunftsbild von Deutschland als *grünem* Exportweltmeister und schreibt damit die unbedingte Wachstumsorientierung fort. Im Kontrast zur Union wird die zentrale Gestaltungsrolle des Staates betont.	Die Linke plädiert für einen *sozialökologischen Systemwechsel* weg vom Kapitalismus. Dafür werden u.a. eine absolute Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und eine *sozialökologische Investitionsoffensive* für gesellschaftliche Grundbedürfnisse ins Auge gefasst. Die internationalistische Perspektive blickt über den nationalen wirtschaftlichen Vorteil hinaus.	Eine systemische Veränderung wird vor allem hin zu mehr Marktwirtschaft angestrebt. Die FDP setzt auf die Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft und auf eine Agenda für mehr Wachstum. Sie will *Entlasten, Entfesseln, Investieren.* Nachhaltigkeit soll beiläufig durch Innovationskraft erreicht werden, *grünes* Wachstum ist aber kein zentrales Motiv.
Demokratisierung der Wirtschaft (Eigentumsverhältnisse, Betriebsformen, Mitbestimmung)	Die Union priorisiert klar den privaten Sektor, der durch Steuersenkungen und Deregulierung *entfesselt* werden soll. Andere Eigentums- und Unternehmensformen spielen nahezu keine Rolle. Die Union bekennt sich grundsätzlich zu betrieblicher Mitbestimmung, will deren Ausmaß und Gestaltung aber möglichst der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden überlassen. Weitergehende Wirtschaftsdemokratie wird nicht angestrebt.	Die Grünen wollen ohne Privatisierungen stärker in öffentliche Infrastrukturen investieren sowie die Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften verbessern. Dies wird jedoch kaum konkretisiert. Genossenschaften und Sozialunternehmen sollen u.a. über Gründungszuschüsse gefördert werden. Die Grünen wollen *betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken*, erklären dies aber nicht weiter. Wirtschaftsdemokratie ist insgesamt nicht sehr zentral.	Die SPD thematisiert Rekommunalisierung bzw. kommunales Eigentum in einzelnen Sektoren (Wohnen/Bauland, Energiewende). Der Absatz zu Bauland setzt ein relativ starkes Zeichen. Die Unterstützung gemeinwohlorientierter Betriebsformen ist eine vage formulierte Absichtserklärung. Die SPD benennt eine Reihe konkreter Erweiterungen der klassischen betrieblichen Mitbestimmung, ohne Einbeziehung von Entscheidungen über die Produktion selbst.	Die Linke strebt die Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge und weiterer Teile der Wirtschaft an. Sie will Eigentumsverhältnisse und Unternehmensformen transformieren, benennt aber nicht immer konkrete Schritte. Genossenschaften und Betriebe in Belegschaftseigentum sollen umfassend gefördert werden. Konkrete Erweiterungen der betrieblichen Mitbestimmung sollen auch wirtschaftliche (Transformations-)Entscheidungen einschließen. Zudem soll das Finanzwesen demokratisiert werden.	Die FDP setzt an dieser Stelle wiederum auf einen noch stärker neoliberalen Charakter der Marktwirtschaft durch weitere Privatisierungen, mit einer *Beteiligungsbremse für den Staat*, mit verbindlichem Verkauf aller Unternehmensanteile, die nicht zur Daseinsvorsorge gezählt werden. Es gibt keinerlei Transformationsbemühungen. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie sind kein Thema.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Sozial-ökologische öffentliche Beschaffung/Vergabe	Die Union nennt keine direkten sozialen oder ökologischen Kriterien. Es wird eine begrenzte Bevorzugung regionaler Betriebe angestrebt, die je nach Ausgestaltung positive Effekte haben könnte. Gleichzeitig soll Auftragsvergabe *schneller, effizienter und einfacher* verlaufen, was gegen gründliche sozial-ökologische Abwägung spricht.	Die Grünen wollen die öffentliche Beschaffung *konsequent auf die ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen* ausrichten, Tarifbindung und Geschlechtergerechtigkeit gewährleisten. Für den Bund werden auch soziale und Menschenrechtsstandards sowie ein CO_2-Schattenpreis für Beschaffung und Fördervergabe vorgesehen, für den IT-Bereich eine ganze Reihe sozial-ökologischer Kriterien.	**Die öffentliche Beschaffung soll laut SPD *Zielen des sozial-ökologischen Wandels* dienen, Kriterien sind *Innovation, Tarifbindung und klimafreundliche Nachhaltigkeit*. Das zeigt in die richtige Richtung, bleibt aber bis auf die Tarifbindung sehr vage.**	Die Linke benennt konkrete soziale und ökologische Kriterien für die öffentliche Beschaffung und Vergabe im Inland und Ausland, auch Ausschlusskriterien bei Verstößen gegen menschenrechtliche Sorgfalt in Lieferketten. Explizit sollen auch Betriebe im Eigentum der Belegschaft bevorzugt werden.	Die FDP macht keinerlei Angaben zu Vergabekriterien.
Allgemeine Arbeitszeitverkürzung	Die Union peilt eine Flexibilisierung oder sogar Verlängerung der allgemeinen Arbeitszeit an, welche *die Spielräume des EU-Rechts nutzen* soll und eine wöchentliche anstelle der täglichen Höchstarbeitszeit vorsieht.	Die Grünen wollen individuelle Arbeitszeitverkürzung innerhalb eines *flexiblen Arbeitszeitkorridors* ermöglichen. Unklar bleibt, wie verpflichtend das wäre – und was es für Einkommen bedeuten soll.	Die SPD ist nicht für eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Wenn Gewerkschaften in bestimmten Branchen dafür kämpfen, will sie *an ihrer Seite* stehen.	Die Linke sieht eine deutliche Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit auf 28-35 Stunden *bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich* bzw. ein *neues Normalarbeitsverhältnis* von 30 Stunden vor.	Arbeitszeitverkürzung ist für die FDP kein Thema. Wie die Union fordert sie mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten, die aber zumindest keine absolute Mehrarbeit bedeuten soll.
Aufwertung und Umverteilung von Sorgearbeit	Der Pflegebereich erhält von der Union rhetorische Anerkennung, aber keine konkreten Aufwertungsmaßnahmen. Eine geschlechtergerechte Verteilung von Familienarbeit/Kinderbetreuung wird erwünscht, aber wenig gezielt gefördert.	**Die Grünen schlagen einige Maßnahmen zur Entlastung für pflegende Angehörige und Eltern (v.a. Alleinerziehende) sowie für eine geschlechtergerechte Aufteilung der Elternzeit (aber im Verhältnis bis zu 2:1 aufteilbar) vor. Für die Aufwertung der Pflegearbeit sollen eine 35-Stunden-Woche und Tarifbindung sorgen.**	**Die SPD nennt einige Maßnahmen, um Pflegearbeit aufzuwerten und Pflegearbeitende (auch in der häuslichen Pflege) zu entlasten. Elternzeit soll geschlechtergerecht aufgeteilt werden.**	**Die Linke formuliert einige Maßnahmen, welche die Sorgearbeit aufwerten sollen – neben einer vage formulierten Lohnerhöhung auch Rentenzeiten für Familienarbeit, sowie die im Parteienvergleich längste Elternzeit (je 12 Monate pro Elternteil, nicht übertragbar). Pflegende Angehörige sollen entlastet werden und migrantische Pfleger*innen in der häuslichen Pflege vollen arbeitsrechtlichen Schutz erhalten.**	Die FDP zeigt sich offen für/reagiert auf die Modernisierung privater Lebensmodelle. Das beinhaltet eine Veränderung der Sorgezuständigkeit zwischen den Geschlechtern. Viel bleibt aber Eigenverantwortung, eine systematische materielle Gleichstellung oder Aufwertung von Sorgearbeit ist nicht vorgesehen.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Aufwertung und Umverteilung von Sorgearbeit	Der Pflegebereich erhält von der Union rhetorische Anerkennung, aber keine konkreten Aufwertungsmaßnahmen. Eine geschlechtergerechte Verteilung von Familienarbeit/Kinderbetreuung wird erwünscht, aber wenig gezielt gefördert.	Die Grünen schlagen einige Maßnahmen zur Entlastung für pflegende Angehörige und Eltern (v.a. Alleinerziehende) sowie für eine geschlechtergerechte Aufteilung der Elternzeit (aber im Verhältnis bis zu 2:1 aufteilbar) vor. Für die Aufwertung der Pflegearbeit sollen eine 35-Stunden-Woche und Tarifbindung sorgen.	Die SPD nennt einige Maßnahmen, um Pflegearbeit aufzuwerten und Pflegearbeitende (auch in der häuslichen Pflege) zu entlasten. Elternzeit soll geschlechtergerecht aufgeteilt werden.	Die Linke formuliert einige Maßnahmen, welche die Sorgearbeit aufwerten sollen – neben einer vage formulierten Lohnerhöhung auch Rentenzeiten für Familienarbeit, sowie die im Parteienvergleich längste Elternzeit (je 12 Monate pro Elternteil, nicht übertragbar). Pflegende Angehörige sollen entlastet werden und migrantische Pfleger*innen in der häuslichen Pflege vollen arbeitsrechtlichen Schutz erhalten.	Die FDP zeigt sich offen für/reagiert auf die Modernisierung privater Lebensmodelle. Das beinhaltet eine Veränderung der Sorgezuständigkeit zwischen den Geschlechtern. Viel bleibt aber Eigenverantwortung, eine systematische materielle Gleichstellung oder Aufwertung von Sorgearbeit ist nicht vorgesehen.
Materielle Absicherung	Die Union bietet zu materieller Absicherung fast nichts Konkretes. Sie spricht sich klar gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus.	Die Grünen sehen eine *sanktionsfreie Garantiesicherung* mit steigenden Regelsätzen vor. Der Regelsatz soll zunächst um *mindestens 50 Euro* erhöht werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll in *Modellprojekten* erforscht werden. Die Grünen wollen den Mindestlohn auf 12€ anheben, der Tarifentwicklung anpassen und Ausnahmen davon abschaffen. Zudem sehen sie einen *dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt* für Langzeiterwerbslose vor.	Die SPD deutet eine Erhöhung der Grundsicherung als Bürgergeld an, beziffert sie aber nicht. Nicht näher benannte *sinnwidrige und unwürdige* Sanktionen sollen wegfallen, ein *sozialer Arbeitsmarkt* für Langzeiterwerbslose geschaffen werden. Insgesamt will die SPD die Hartz-Reformen weiterhin beibehalten und nachbessern. Der Mindestlohn soll auf *mindestens* 12€ angehoben werden.	Die Linke will eine *bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen* in Höhe von 1.200€, allerdings noch kein bedingungsloses Grundeinkommen. Ein einklagbarer individueller Rechtsanspruch auf einen Job, verbunden mit einem zusätzlichen öffentlich geförderten Arbeitssektor soll eingeführt und der Mindestlohn auf 13€ erhöht werden.	Die FDP konzentriert sich auf Entbürokratisierung der sozialen Absicherung, will auch die Überprüfung der Lebensverhältnisse von Hartz-IV-Bezieher*innen abschaffen. Ein *liberales Bürgergeld* soll *im Sinne einer negativen Einkommensteuer* Sozialleistungen zusammenfassen. Das widerspricht aber tendenziell dem Versprechen auf anrechnungsfreie Zuverdienstmöglichkeiten für Transferbezieher*innen. Die Höhe dieses Geldes und damit die Qualität der Absicherung bleibt unklar.

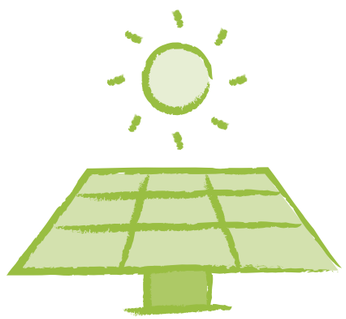
	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Deglobalisierung & Regionalisierung	Die Union fasst einige Regionalisierungsmaßnahmen ins Auge, aber denkt diese vor allem im Sinne geopolitischer Unabhängigkeit – nicht sozial-ökologisch. Insgesamt streben sie die weitere kapitalistische Globalisierung an, darauf ist auch die Entwicklungszusammenarbeit angelegt. Auch bei Finanzmärkten ist eher noch Deregulierung vorgesehen.	Einzelne Maßnahmen der Grünen dienen der wirtschaftlichen Regionalisierung und Regulierung von Kapitalflüssen. Der Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen im globalen Süden soll unterstützt werden, auch mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen und Rohstoff-Exportsteuern. Insgesamt bietet das Programm aber wenig Konkretes, das tatsächlich in Richtung einer umfassenden Regionalisierung weisen würde.	Die SPD bekennt sich zur Finanztransaktionssteuer und vage zu stärkerer Finanzmarktregulierung. Sie sagt allerdings bemerkenswert wenig zu De-/Globalisierungsthemen und nichts zu wirtschaftlicher Regionalisierung.	Die Linke führt Regionalisierungsstrategien für mehrere Sektoren aus. Sie strebt an, z.B. Rohstoffimporte zu verringern und auf globale Rohstoffgerechtigkeit hinzuwirken. Bei Finanzmärkten fordert sie starke Regulierung, legt aber keinen besonderen Fokus auf internationale Geldflüsse. Entwicklungszusammenarbeit soll den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen im globalen Süden fördern, statt sich an deutschen Konzerninteressen zu orientieren.	Die FDP will weitere globale Integration über Märkte und private Kapitalflüsse erreichen – das steht auch im Mittelpunkt der Entwicklungspolitik. Regionalisierung ist nicht vorgesehen.
Gerechte Handelspolitik statt Freihandel	Die Union will die Freihandelspolitik noch erheblich ausweiten durch weitere Abkommen. CETA und EU-Mercosur werden vollständig unterstützt, sogar TTIP soll neu aufgerollt werden. Unklar bleibt, wie gegenläufige Maßnahmen wirksam werden sollen. Betont wird *Fairness* vor allem für die deutsche Wirtschaft, nicht global.	Die Grünen wollen den Freihandel stärker sozial-ökologisch einbetten. Das EU-Mercosur-Abkommen wird abgelehnt, CETA soll nicht ratifiziert, sondern umgestaltet werden. Die Grünen wollen das internationale Handelsregime offenbar unter der Prämisse verändern, dass Handel normalerweise mit Stärkung von Freiheit und Demokratie einhergeht. Ungleiche Machtverhältnisse spielen keine Rolle.	Die SPD will den Freihandel ebenfalls stärker sozial-ökologisch einbetten und so auch das EU-Mercosur akzeptieren. Aus ihrer Sicht ist *Deutschland wie kaum ein anderes Land auf offene Märkte und eine funktionsfähige sowie regelbasierte globale Wirtschaft angewiesen*. Sie fordert die wichtige Abkehr von privater Schiedsgerichtsbarkeit. Es bleibt unklar, wie soziale und ökologische Standards in vorhandenen Abkommen wirksamer werden sollen.	Die Linke fordert eine konsequente Abwendung von Freihandelspolitik und lehnt die aktuell verhandelten bzw. diskutierten TTIP, CETA und EU-Mercosur sowie die EPAs (europäische Partnerschaftsabkommen) ab. Sie will stattdessen zu einer kooperativen internationalen Zusammenarbeit finden.	Die FDP will Freihandelspolitik erheblich ausweiten, CETA ratifizieren und weitere Abkommen abschließen. Diese sollen EU-weit an nationalen Parlamenten vorbei beschlossen werden können. Sogar ein Freihandelsministerium wird gefordert.
Sozial-ökologisches Lieferkettengesetz	Die Union macht das verwässerte deutsche Lieferkettengesetz zum europäischen Maßstab und betont insgesamt Freiwilligkeit in Bezug auf Menschenrechte.	Die Grünen wollen das Lieferkettengesetz durch sozial-ökologische Kriterien und Haftungsverpflichtungen stärken und EU-weit einführen sowie die Einfuhr naturzerstörender Agrarprodukte verbieten.	Das Lieferkettengesetz ist für die SPD schon ein *großer Erfolg* und soll im Interesse der deutschen Wirtschaft EU-weit eingeführt werden.	Die Linke will das Lieferkettengesetz durch verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien mit Haftungsverpflichtung stärken, zudem Arbeitsrechte global einklagbar machen sowie die Einfuhr seltener Rohstoffe aus Konfliktregionen verbieten.	Die FDP setzt auf das Gegenteil eines wirksamen Lieferkettengesetzes: *gelebte Eigenverantwortung von Unternehmen und Konsumenten* ohne *neue zivilrechtliche Haftungsansprüche*.

Für einen umwelt- und sozial-gerechten Energiesektor braucht es einen sehr schnellen Übergang von allen fossilen Energiequellen hin zu erneuerbaren Alternativen, einen Rückgang des Energieverbrauchs durch Suffizienz und Effizienz und eine starke demokratische Kontrolle der Energieversorgung. Zentral dabei ist der **schnelle Ausstieg aus der fossilen Stromerzeugung**. Abgeleitet vom verbleibenden Treibhausgas-Budget gehen wir von einem Ausstieg aus Kohle- und Erdgasverstromung in den nächsten 2 Jahren als angemessenem Ziel aus.

siehe Klimabudgets

Das Wuppertal Institut schlägt einen Minderungspfad für die deutschen Treibhausgase mit einer schnellen Verringerung bis 2026 um fast 60% vor. Die entsprechende **Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien** beträgt 25-30 Gigawatt (GW) pro Jahr, etwa das Vier- bis Fünffache des derzeitigen Ausbautempos.*[1] Da das Wuppertal-Institut ein zu großzügiges Treibhausgas-Budget zugrunde legt, sehen wir diese Zahlen als absolutes Mindestmaß an. Dieser Ausbau wird nur möglich mit Maßnahmen, um die derzeitigen ökonomischen, planungsrechtlichen und gesellschaftlichen Barrieren zu überwinden. Dabei ist aus demokratischer Sicht wichtig, dass der Ausbau nicht von wenigen Konzernen kontrolliert, sondern gesellschaftlich getragen wird, z.B. durch Bürger*innen-Genossenschaften.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist umso einfacher, wenn gleichzeitig der **Energieverbrauch verringert** wird. Dem Ziel einer absoluten Reduktion wird aber derzeit wenig Beachtung geschenkt. Stattdessen werden in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik technische Lösungen diskutiert, z.B. zur Elektrifizierung des Verkehrs- und Wärmesektors sowie die Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch *überschüssigen* erneuerbaren Strom.*[2] Generell können diese technischen Lösungen einen wichtigen Beitrag leisten, werden aktuell aber als Strategie diskutiert, die ein *Weiter so* erlaubt - ohne den notwendigen Wandel der Konsumkultur und des Wachstumsparadigmas. Für diesen Pfad müssten sehr große zusätzliche Mengen erneuerbarer Energien bereitgestellt werden.*[3] Die Mengen sind so groß, dass sie nur teilweise in Deutschland produziert werden könnten. Daher sehen die Szenarien den Import großer Mengen synthetischer Treibstoffe aus dem Ausland vor, insbesondere aus Nordafrika. Die sozialen und ökologischen Kosten der Produktion werden damit auf das Ausland abgewälzt. Zudem bleibt die Frage, wie die Exportländer ihre Klimaziele erreichen. Es besteht die Gefahr, dass auf Grund des hohen zusätzlichen Bedarfs an erneuerbaren Energien – für eine dekabonisierte Stromversorgung und die Herstellung synthetischer Treibstoffe – auf riskante Techniken wie Atomkraft oder Kohlenstoffspeicherung zurückgegriffen würde.



Für echte Klimagerechtigkeit braucht es deshalb eine **starke Reduzierung des Energieverbrauchs** durch Effizienz, Kreislaufwirtschaft und Suffizienz in den anderen Sektoren (Mobilität, Wohnen, Industrie). Ein Ziel hierfür hat sich die Bundesregierung zuletzt 2019 gegeben. Wir gehen davon aus, dass durch ein Weniger an Produktion und Konsum im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation deutlich höhere Ziele erreicht werden können.

-30% Primärenergieverbrauch bis 2030 ggü. 2008 – Halbierung bis 2050

Zentral für eine klimagerechte Energieversorgung ist außerdem, Energiearmut zu beenden und die E**nergieversorgung an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten**. Das heißt, sie muss für alle bezahlbar und für ein gutes Leben ausreichend sein. Die Kosten des Umbaus müssen dementsprechend verteilt werden.

Zum weiterlesen

Umweltbundesamt:
→ Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität

Wuppertal Institut:
→ CO2-neutral bis 2035. Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze.

*

1 | Siehe Wuppertal Institut: CO_2-neutral bis 2035 →https://bit.ly/3iEZEyv

2 | Hierbei wird in einem ersten Schritt per Elektrolyse Wasserstoff aus Wasser gewonnen und dann entweder direkt genutzt oder in einem zweiten Schritt mit Kohlenstoff in Kohlenwasserstoffe, z.B. Benzin umgewandelt. Für Szenarien, die diesem Prozess große Bedeutung zuweisen, siehe → https://bit.ly/3Bmv97T oder → https://bit.ly/3hRMfmf

3 | In der Studie *CO_2-neutral bis 2035* vom Wuppertal Institut heißt es hierzu:
Würde der gesamte gegenwärtige fossile Brenn- und Kraftstoffbedarf alleine der Sektoren Verkehr und Gebäude durch synthetische (strombasierte) Energieträger gedeckt werden müssen, so würde dies aufgrund der hohen Umwandlungsverluste bei deren Erzeugung zu einem zusätzlichen Strombedarf von rund 2400 TWh führen. Dies entspricht der vierfachen Menge des gesamten derzeitigen Strombedarfs in Deutschland.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Kohleausstieg	2038	Bis 2030.	Keine Angabe.	Bis spätestens 2030.	Keine Angabe.
Gasausstieg	Nicht diskutiert.	Die Grünen wollen Betriebsgenehmigungen für Erdgasinfrastruktur einschränken.	Nicht diskutiert.	Die Linke will ein Erdgas-ausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegs-pfad.	Nicht diskutiert.
Ausbauziel erneuerbare Energien	Keine Angabe.	Etwa 20 GW pro Jahr, ab Mitte der 20er Jahre mehr.	Keine Angabe.	Mindestens 19GW pro Jahr.	Keine Angabe.
Schneller Ausbau erneuerbarer Energien mit Fokus auf kommunale und kleine Akteure	Die Union setzt ihre Hoffnung vor allem auf CO_2-Bepreisung, nennt dabei aber keine konkreten Vorschläge, wie diese erhöht werden soll. Nicht-ökonomische Barrieren werden ignoriert.	Die Grünen nennen zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus und einige zur Beteiligung der Bürger*innen daran.	Die SPD will verbindliche Ausbaupfade in einem Zukunftspakt mit Bund, Ländern und Kommunen festlegen. Und nennt einige kleine Maßnahmen zur Stärkung des Ausbaus durch kleinere Akteure. Es bleibt unklar, wie diese Maßnahmen konkret zur Überwindung der Barrieren führen sollen.	Die Linke will Ausschreibungen nur für Projekte ab 18 MW, eine Entmachtung der Energiekonzerne und eine Ausrichtung der Energieversorgung am Allgemeinwohl. Insgesamt bleiben die Maßnahmen eher abstrakt.	Die FDP setzt auf einen steigenden CO_2-Preis, Bürgerbeteiligung und einen Ausgleich mit Anwohner*innen. Insgesamt bleibt sie damit sehr unkonkret.
Ziele für die Verringerung des Energieverbrauchs	Keine Angabe.	Keine Angabe.	Keine Angabe.	Keine Angabe.	Keine Angabe.
Verhinderung sozialer Härten durch hohe Energiepreise	Die CDU will den Strompreis durch Abschaffung der EEG-Umlage und Weitergabe der Einnahmen aus dem Emissionshandel verringern.	Die Grünen wollen die EEG-Umlage senken und ein Energiegeld für alle einführen.	Die SPD will den Strompreis durch Abschaffung der EEG-Umlage senken und prüfen, ob weitere Ausgleichsmaßnahmen nötig sind.	Die Linke will die Kosten des EEG im Wesentlichen über den Bundeshaushalt finanzieren, preisgünstige Sockeltarife für Strom garantieren und das Abstellen von Strom verbieten.	Die FDP will die Stromsteuer senken und EEG-Umlage abschaffen.

Die industrielle Produktion von Gütern – von Autos über Zement bis hin zu Fahrrädern – ist für einen großen Teil der Emissionen verantwortlich. Natürlich gilt es, die Produktion sozial-ökologisch umzubauen, durch immer effizientere Verfahren, ressourcenschonendere und recycelte Rohstoffe und mit immer mehr erneuerbarer Energie. Aber weil sich dadurch die Produktion nicht umfassend und ausreichend schnell von Emissionen und ökologischer Zerstörung entkoppeln lässt, braucht es auch einen Rückbau energie- und emissionsintensiver Industriezweige. Beispielsweise gilt es Sektoren wie **Schwerindustrie, Automobilindustrie, Bergbau und Baugewerbe sozialverträglich zurückzufahren**. Außerdem können ganze Industriezweige und Dienstleistungssparten wegfallen, die keinen Beitrag zur Erfüllung wichtiger Bedürfnisse leisten oder einfach überflüssig gemacht werden können. Dazu zählen Rüstungs- und Werbeindustrie sowie große Teile der Versicherungs- und Finanzwirtschaft. Gleichzeitig können Sektoren, die besonders zentral für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sind, ausgeweitet und unterstützt werden – z.B. der Care-Sektor (Pflege, Medizin, Gesundheitsversorgung und Erziehungsarbeit), Kultur und Bildung, nachhaltige Mobilität.

Neben der Industriestruktur ist es wichtig, dass der gesamte Energie- und Ressourcenverbrauch verringert wird: durch das Zusammenspiel von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.

siehe Energiewirtschaft

Um eine **Verringerung der Nachfrage nach Dienstleistungen und Produkten** zu erreichen, braucht es einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser ist nicht allein mit typischer Umweltpolitik zu erreichen, sondern auch mit Maßnahmen wie kürzerer Erwerbsarbeitszeit für alle oder einen kulturellen Wandel hin zu Zeitwohlstand statt materiellem Wohlstand. Im Sektor Industrie geht es dabei um Maßnahmen wie längere Garantiezeiten für Produkte, um Standards, die eine Reparatur erleichtern, oder um ein Verbot von Werbung im öffentlichen Raum.

siehe Wirtschaftssysteme

Umwelteffizienz ließe sich durch die Verteuerung von Energie und Rohstoffen oder durch geringeren Verbrauch während der Nutzungsdauer erzielen. Entsprechende politische Instrumente wären z.B.:

- Strompreise, die mit steigendem Verbrauch ansteigen;
- strenge absolute Energieverbrauchsstandards, die vorgeben, dass ein Gerät – unabhängig von seiner Größe – nur eine bestimmte Menge Strom verbrauchen darf;
- Gerätestandards, die sich dynamisch an den effizientesten Geräten orientieren;
- Kontrollmaßnahmen, die zur Einhaltung der Standards nötig sind.

Bei der Strategie der **Konsistenz bzw. Kreislaufführung** geht es darum, unbedenkliche Ausgangsprodukte und Rohstoffe zu nutzen, sie so zu verarbeiten, dass möglichst vollständiges Recycling möglich ist und sie so immer wieder zu nutzen. Mögliche Maßnahmen sind strikte Design-Vorgaben, die eine Wiedernutzung ermöglichen, die Einführung von Pfandsystemen oder Nutzungs- statt Eigentumsrechten bei Konsumgütern. Konsistenz ist eine wichtige Strategie. Gleichzeitig wird oft übersehen, dass gerade auch das Recycling von Materialien mit hohem energetischen und finanziellen Aufwand verbunden ist, wenn z.B. wertvolle Metalle aus Elektronikbauteilen zurückgewonnen werden, in denen sie zu sehr geringen Mengen enthalten sind. Es ist daher wichtig (aber im Rahmen der Marktwirtschaft sehr schwierig), Recycling auf dem höchsten Niveau anzustreben, also Downcycling zu vermeiden.

Zum Weiterlesen

- Arbeitskreis Rohstoffe:
  → 12 Argumente für eine Rohstoffwende
- Uwe Schneidewind, Angelika Zahrnt:
  → Damit gutes Leben einfacher wird
- Matthias Schmelzer, Andrea Vetter:
  → Degrowth/Postwachstum zur Einführung

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Verkleinerung/ Rückbau energie- und emissionsintensiver Industriezweige	Die Union geht auf das Thema nicht ein. Sie nennt aber den Emissionshandel als Instrument, der in gewissem Maße zu der Entwicklung beitragen könnte.	Die Grünen wollen einen CO_2-Preis von 60€ pro Tonne im Jahr 2023 und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Darüber hinaus hat die *aktive grüne Industriepolitik*, weniger eine Verkleinerung klimaschädlicher Industriezweige, sondern deren ökologische Modernisierung zum Ziel.	Die SPD will eine langfristige Industriestrategie für den sozial-ökologischen Umbau. Genauer wird dieser Prozess nicht beschrieben. Positiv anzurechnen ist die Forderung, umweltschädliche Subventionen abzuschaffen.	**Die Linke sagt klar, dass die Produktion von teurem Wohnraum, großen Autos, Rüstungs- und Wegwerfgütern keine Zukunft hat. Sie will außerdem die Wirtschaft unabhängiger vom Export von Waffen, umweltschädlichen Chemieprodukten und Autos machen. Als Maßnahme hierfür nennt sie allerdings nur einen Industriefonds von 20 Mrd € und das Divestment des Staates aus der fossilen und atomaren Energiewirtschaft.**	Wie die Union geht die FDP auf das Thema nicht ein und nennt nur den Emissionshandel, der in gewissem Maße zu der Entwicklung beitragen könnte.
Weniger Konsum von Dienstleistungen und Produkten	Nicht vorgesehen.	Die Grünen wollen verbindliche Designvorgaben, sodass elektrische Geräte besser repariert werden können, und eine Erhöhung diverser Garantievorgaben, um die Lebensdauer von Geräten zu verlängern. Außerdem soll die MWSt. für Reparaturleistungen gesenkt werden. Es fehlen Maßnahmen, die bei den Verbraucher*innen ansetzen.	Nicht vorgesehen.	Die Linke nennt Ökodesignvorgaben, um Lebensdauer und Reparierbarkeit zu erhöhen, und eine MWSt.-Senkung für Reparaturdienstleistungen. Es fehlen Maßnahmen, die bei den Verbraucher*innen ansetzen.	Nicht vorgesehen.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Effizientere Produktion und Geräte	Die Union will Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf den CO_2-Ausstoß ausrichten. Außerdem sollen Effizienzinvestitionen schneller abgeschrieben werden können. Verbraucher*innen sollen über die CO_2-Bilanz informiert und die Digitalisierung für mehr Effizienz genutzt werden. Die Partei nennt damit keine konkreten oder ambitionierten Maßnahmen.	Die Grünen nennen einige konkrete Maßnahmen, z.B. das Knüpfen von Energiepreisvergünstigungen an Effizienzmaßnahmen und Investitionszuschüsse, und Abschreibungen für ökologische Produktion. Darüber hinaus bleiben die Vorstellungen vage.	Die SPD will Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln und Schlüsselindustrien bei der ökologischen Modernisierung unterstützen und bleibt damit sehr vage.	Die Linke nennt zahlreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz: Verschärfung des Emissionshandels, Öko-Abwrackprämie für Haushaltsgeräte, Standards für Energieverbrauch und viele mehr.Leider werden diese Maßnahmen nicht ausbuchstabiert.	Die FDP setzt auf den Emissionshandel als einziges Instrument.
Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft	Die Union nennt einige Strategien ohne konkrete Maßnahmen: Beendigung der Wegwerfgesellschaft, Anreize für abfallarme Produkte, Verbesserung der stofflichen Wiedernutzung, Förderung von Batterierecycling und andere.	Die Grünen nennen viele Ziele: Kreislaufwirtschaft zum Standard machen und die Reparatur/Recyclingindustrie voranbringen, Rahmenbedingungen für die lange Nutzung von Gütern und andere. Die genannten Maßnahmen scheinen dafür aber nicht ausreichend. Herstellerverpflichtungen, Recyclingquoten, Steuern, Normen, Standards und Förderprogramme.	Die SPD nennt einige Ziele, ohne konkret zu werden: Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien schaffen, nicht länger verschwenderisch mit Ressourcen umgehen, Abfallmenge reduzieren, raus aus der Wegwerfgesellschaft, möglichst viel Kunststoff vermeiden/wiederverwenden, Produkte recycelbar gestalten.	Die Linke nennt viele Strategien und einige konkrete Maßnahmen, z.B. eine Ressourcenverbrauchsabgabe für Primärrohstoffe, Pfandsysteme für Elektrogeräte, Batterien und standardisierte Mehrwegsysteme.	Die FDP will eine EU-weite Kreislaufwirtschaft und macht sich ausgerechnet für das chemische Recycling von Verpackungen stark.

Nachhaltige und sozial gerechte Mobilität setzt eine umfassende Verkehrswende voraus. Dabei geht es nicht nur darum, die seit Jahren immer weiter steigenden Emissionen des Verkehrs durch das Auslaufen von Verbrennungsmotoren und fossilen Brennstoffen sehr schnell zu senken. Es geht auch um eine grundlegend andere Art der Fortbewegung: mehr öffentlich als privat, vernetzt, für alle zugänglich, an Bedürfnissen orientiert, in Herstellung und Betrieb ressourcenschonend. Der Verkehr der Zukunft muss **allen Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel und barrierefrei das Recht auf Mobilität gewährleisten** und damit zusammenhängend das *Recht auf Stadt* und Lebensqualität auf dem Land garantieren. Gleichzeitig muss der Verkehr innerhalb kürzester Zeit vollständig dekarbonisiert werden. Die Herausforderung ist auch deswegen groß, weil die Emissionen im Bereich Mobilität seit 1990 auf hohem Niveau verharren und die Autoindustrie als Kern des deutschen Exportmodells und als großer Arbeitgeber über Lobbyeinfluss und Drehtüreffekte sehr großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft hat. Aber auch kulturell ist das Auto als Statussymbol und Symbol der Freiheit tief in der Gesellschaft verankert.

Um diese Ziele zu erreichen, gibt es viele gute Ideen, die die großen Emissionsreduktionen überhaupt erst möglich machen. **Gleichzeitig sorgen sie dafür, dass unsere Städte ruhiger, gesünder und sicherer werden und Dörfer belebter und unabhängiger vom motorisierten Individualverkehr.**

Eine umfassende Verkehrswende braucht auch **neue ökologische Antriebe** wie Elektroautos und einen gezielten Einsatz von Wasserstoff, etwa für den Anteil am Schwerlastverkehr, der auch mit einer sehr stark regionalisierten Wirtschaft unvermeidbar ist. Ein **Ende des Verbrennungsmotors für Neuwagen** (und der Produktion für den Export) innerhalb der nächsten Legislaturperiode und nicht erst in 10 Jahren oder später wäre daher ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Vor allem aber braucht die Verkehrswende soziale Veränderungen, viel stärker gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen wie Züge und Nahverkehr und insgesamt eine **Reduktion des Verkehrsaufkommens**, wenn die Dekarbonisierung des Sektors umwelt- und sozial gerecht gelingen soll. Hierzu gehört, überhaupt erst mal eine Zielstellung für die Nutzung der Verkehrsträger zu formulieren.

Es reicht nicht, ausschließlich Elektromobilität zu fördern, die aufgrund des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs, der globalen Rohstoffungerechtigkeit und der allgemeinen Energieknappheit nicht als alleinige Alternative taugt. Vielmehr muss der Autoverkehr deutlich abnehmen, in der Stadt schneller und umfassender als auf dem Land. So könnten neue Verbrenner verboten, autofreie Innenstädte etabliert, die **Zulassungszahlen für neue Pkw radikal gesenkt und die Auslastung von Pkw, Bussen und Zügen erhöht werden**. Es gilt die Anreize für die Nutzung privater Pkws zurückzufahren – von Dienstwagenprivilegien bis hin zu Tempolimits auf Autobahnen.

Gleichzeitig gibt es vielfältige Maßnahmen, die umweltfreundliche Alternativen zum Auto stärken: Entwicklung von **Fahrradinfrastruktur und Radwegen** bei gleichzeitigem **Rückbau von Autostraßen**; umfassender **Ausbau und Vergünstigung des ÖPNV**, teils auch als entgeldfreie Infrastruktur, die allen zur Verfügung steht. Der Ausbau des regionalen, überregionalen und europäischen Zugverkehrs, der auch die Wiedereinführung von Nachtzügen als Ersatz für Flüge beinhaltet und schließlich die vermehrte Nutzung von **Sharing-Alternativen** – vom Lastenrad bis zum Elektrobus – könnten weitere zukunftsfähige Maßnahmen sein.

Im Flugverkehr muss die durchschnittliche Anzahl von Flügen pro Person und Jahr sinken. Fliegen sollte langfristig nur noch aus besonderen Gründen erfolgen. Maßnahmen hierzu wären Verbote von Kurzstrecken, die Stärkung und finanzielle Gleichstellung von Bahn- und Busverkehr, die Streichung aller Subventionen für die Flugindustrie, Moratorien auf den Bau von Fluginfrastruktur oder eine Begrenzung von Flügen pro Person bzw. Vielflieger*innenabgaben. Und auch der **Güterverkehr** muss nicht nur dringend sehr viel stärker von der Straße auf die Schiene verlagert, sondern durch eine Regionalisierung der Wirtschaft und eine geringere Produktion von Gütern insgesamt reduziert werden.

Am Boden bleiben:
→ Forderungen

Stay Grounded:
→ Destination Degrowth. Flugverkehr gerecht reduzieren

Carl Waßmuth und Winfried Wolf:
→ Verkehrswende: Ein Manifest

Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.):
→ Zukunft für Alle. Eine Vision für 2048. Kapitel 12

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Ambitionierte Ziele für eine umfassende Verkehrswende	Die Union will zwar, dass Europa CO_2-neutrale Mobilität erreicht, aber konkret gibt es wenig Ziele. Verkehr gilt v.a. als Infrastrukturprojekt, das die Wettbewerbsfähigkeit stärken und den *Mobilitätsstandort* nicht gefährden soll.	Die Grünen formulieren sehr vielfältige und konkrete Ziele für den Verkehrssektor, in Form von Elektrifizierung und Stärkung von Rad und Schiene. Sie thematisieren auch eine Abkehr von der Automobilität und erkennen die Notwendigkeit für eine Reduktion des Flugverkehrs an, auch wenn hier die Maßnahmen unkonkret bleiben.	Die SPD betont, dass Mobilität ein Grundbedürfnis ist, setzt daher auch auf den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen. Vor allem aber versteht sie die Verkehrswende als technologisches Projekt (Elektrifizierung, Wasserstoff) und Infrastrukturprojekt. Dabei gehe es auch um den Erhalt des Automobilstandorts Deutschland als *Leitindustrie*.	Nach dem Motto *Mobilität für alle – mit weniger Verkehr* formuliert die Linke ambitionierte Ziele für den Ausbau eines öffentlichen und günstigen Mobilitätssystems bis 2030, fordert die Abkehr vom Individualverkehr mit Autos und thematisiert auch die Verringerung des Flug- und Güterverkehrs.	Die FDP formuliert wenig Ziele, darunter mehr Personen und Güter auf der Schiene zu transportieren und *mehr alternative Kraftstoffe*. Neben einem CO_2-Preis sieht sie keine Notwendigkeit für eine grundlegende Transformation des Sektors.
Umstellung des Verkehrssektors auf erneuerbare Energien	Die Union setzt auf Elektrifizierung und den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Dabei steht die Kraftstoffwende im Vordergrund, ohne dass die Fossilen ausreichend eingeschränkt würden (kein hoher CO_2-Preis, kein Stopp des Verbrennungsmotors).	**Ab 2030 sollen laut den Grünen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden – auch das ziemlich spät. Sie versprechen den Ausbau von elektrischer Infrastruktur auch auf dem Land. So soll es bis 2030 mindestens 15 Mio. E-Autos geben, auch durch Kaufförderung und ein Beenden der Diesel-Subventionen.**	Die SPD setzt ähnlich wie die Union vor allem auf die Förderung von E-Autos, ohne einen Ausstieg aus den Fossilen zu forcieren. Sie verspricht eine Unterstützung der Automobil- und Zulieferindustrie bei der Umstellung, auch durch den Aufbau regionaler Transformationscluster.	**Die Linke fordert den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, spätestens 2030 (allerdings auch bezogen auf Exporte). Es soll keine Kaufprämie für E-Autos geben, da diese unsozial ist. Sie fordert ein Verbot des Imports von *Biokraftstoffen* und die Schaffung von 200.000 gut bezahlten Industriearbeitsplätzen durch Investitionen in Bahn und ÖPNV.**	Die FDP setzt vor allem auf den CO_2-Preis, der auf den gesamten Verkehrssektor ausgeweitet werden soll. Sie will alle Subventionen und Förderungen auslaufen lassen, es soll keine Kaufprämien geben, und sie will die Zertifizierung für alternative Kraftstoffe vereinfachen.
Reduzierung des Autoverkehrs	Die Union sieht keine Notwendigkeit zur Reduzierung des Autoverkehrs, Straßen sollen weiter ausgebaut werden.	**Die Grünen haben das differenzierteste Programm, um die Abkehr von und die Einschränkung der heute so selbstverständlichen Automobilität zu organisieren. So fordern sie u.a. weniger Autos in Städten, Tempolimits ähnlich wie die Linke, und weitgehende Moratorien auf den Straßenbau. Aber auch hier liegt der Fokus mehr auf E-Autos als einer Reduzierung des Individualverkehrs.**	Das SPD-Programm enthält keine Maßnahmen zur Reduzierung des Autoverkehrs. Allein die Forderung eines Tempolimits von 130 km/h auf Bundesautobahnen geht in die richtige Richtung.	**Die Linke will *weitgehend autofreie Innenstädte*, einen Stopp des Neu- und Ausbaus von Autobahnen, Tempolimit 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts. Insgesamt bleiben die Maßnahmen zur Reduktion des Individualverkehrs jedoch ungenügend.**	Die FDP sieht keine Notwendigkeit, Fahrverbote werden explizit abgelehnt.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Stärkung umweltfreundlicher Alternativen zum Auto	Die Union will den ÖPNV stärken, dazu Mobilitätsplattformen und Digitalisierung nutzen und Verkehrsmittel vernetzen. Sie plant auch den Rad- und Zugverkehr zu stärken. Allerdings bleiben alle Maßnahmen sehr vage.	Die Grünen wollen den ÖPNV attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei und günstiger machen, so soll es eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 geben. Und sie nennen sehr viele Maßnahmen zur Stärkung der Radinfrastruktur, wollen den Zugverkehr ausbauen, auch mehr in der Fläche und dafür 100 Mrd € bis 2030 investieren, sowie die Bahn auf ihr Kerngeschäft ausrichten.	Die SPD verspricht einen Mobilitätsplan bis 2030, der alle neuen Bahnen und Busse erneuerbar sowie den ÖPNV stärkt und günstiger macht. Daneben nennt die SPD vage Förderprogramme für Radverkehr, den Ausbau eins europäischen Zugnetzes, den *Deutschlandtakt* und anderes.	Die Linke will perspektivisch kostenlosen solidarisch finanzierten ÖPNV für alle, Ausbau auf dem Land und so eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030. Auch nennt sie viele Fördermaßnahmen für Radverkehr, will Zugverkehr stark ausbauen und bezahlbar machen und die Bahn öffentlich organisieren.	Die FDP will vor allem Innovation fördern durch *faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsdienstleister*, wobei der ÖPNV mitgedacht wird. Keine Maßnahmen zu Fahrrad, weitere Privatisierung der Bahn, mehr Wettbewerb auch durch Fernbusse.
Reduzierung des Flugverkehrs	Die Union nennt keine Maßnahmen über die Stärkung des Europäischen Emissionshandels im Luftverkehr hinaus. Sie stellt sich explizit gegen die Verteuerung von Flugtickets.	Die Grünen wollen Kurzstreckenflüge ab sofort verringern und bis 2030 überflüssig machen durch attraktivere Bahnverbindungen und Streichung der Subventionen für die Flugindustrie. Die Maßnahmen sind jedoch unkonkret und lassen den Langstreckenflugverkehr unangetastet. Es soll keinen Ausbau der Flughafeninfrastruktur geben.	Die SPD nennt keine Maßnahmen zur Reduzierung des Flugverkehrs. Im Programm steht nur, dass Bahnfahren innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein soll.	Die Linke hat in ihrem Programm explizit einen Abschnitt *Flugverkehr reduzieren*. Darin fordert sie ein Verbot von Flügen an Orte, die mit dem Zug in bis zu 5 Stunden erreichbar und nicht weiter als 500 km entfernt sind. Es gibt keine Maßnahmen zu Langstreckenflügen. Daneben fordert sie die Stilllegung von defizitären Regionalflughäfen sowie die Streichung von Subventionen für Flugbenzin.	Die FDP nennt keine Maßnahmen zur Reduzierung des Flugverkehrs. Sie will die Luftverkehrssteuer abschaffen und fordert sogar, eine Ausweitung von Nachtflugverboten zu verhindern.

Die Produktion unserer Lebensmittel, insbesondere die industrielle Landwirtschaft, ist geprägt von hohem Ressourcenverbrauch, hohen Emissionen (Treibhausgase, Stickstoff, Pestizide und andere), Bodendegradation, der Zerstörung der Artenvielfalt, Tierqual und der Externalisierung von Kosten in die Zukunft und in den Globalen Süden. Um diese Folgen abzumildern, braucht es einen möglichst **schnellen Übergang zur ökologischen Landwirtschaft.** Das Ziel von 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 erscheint aus Sicht des begrenzten Treibhausgasbudgets und der zahlreichen negativen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft als ungenügend. Trotzdem ist es die Maximalforderung auch von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und wir nutzen sie als Orientierung. Mögliche Maßnahmen für den Ausbau sind ökologische Kriterien für Subventionen, Verbot von umwelt-, tier- und klimaschädigenden Praktiken, die Förderung ökologischer und solidarischer Betriebe und die Einpreisung von Folgekosten.

In den letzten Jahrzehnten haben die Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft zu einer starken Konzentration von landwirtschaftlichen Flächen und Betrieben geführt. Immer größere Agrarkonzerne, mit entsprechend großem Einfluss auf demokratische Entscheidungen, entstehen. Diesem Trend muss durch die **Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe** entgegengewirkt werden. Maßnahmen hierfür sind die Verhinderung weiterer Konzentration durch (kartell)rechtliche Instrumente, die Eindämmung von Bodenspekulation und die Bereitstellung bundeseigener Flächen.

Neben den ökologischen Folgen sind die industrielle Landwirtschaft sowie die nachgeordneten Industrien geprägt von schlechten Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen, saisonale (migrantische) Arbeiter*innen und Beschäftigte. Ein zentraler Grund hierfür ist die Marktmacht der verarbeitenden Industrie und des Handels, die die Landwirtschaftsbetriebe auf sehr geringe Preise festlegen können. Der Staat muss daher Maßnahmen einführen, um die **Position der Arbeiter*innen und Bäuer*innen zu stärken**, z.B. über das Arbeitsrecht und die Durchsetzung fairer Preise für Lebensmittel.

Auf der Seite des Konsums sind die großen Mengen **fleischlicher und tierischer Nahrungsmittel zu reduzieren**, um Treibhausgasemissionen und Tierqualen zu verringern. Maßnahmen hierfür sind einerseits solche, die mehr Tierwohl zum Ziel haben, z.B. das Verbot von tierquälerischen Verfahren und Haltung. Andererseits geht es um Instrumente, die zu einem Rückgang des Fleischkonsums führen, z.B. über die Abbildung der wahren Kosten tierischer Produkte, die öffentliche Beschaffung und über einen öffentlich geförderten kulturellen Wandel.

Neben dem Konsum von Fleisch sind schließlich die **großen Mengen von Lebensmittelabfällen** weder aus ökologischer noch sozialer Sicht zu rechtfertigen. Die → Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung ist nicht ausreichend zur Verringerung der Lebensmittelabfälle, da sie vor allem auf Information und Freiwilligkeit beruht. Daneben braucht es verbindliche Regeln für die Landwirtschaft, den Handel und die Nahrungsmittelindustrie und – solange diese nicht greifen – eine Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen.

Meine Landwirtschaft:
→ Was wir wollen

Greenpeace:
→ Szenario für Ökologisierung der Landwirtschaft bis 2050

INKOTA Netzwerk:
→ Forderungskatalog Digitalisierung in der Landwirtschaft

Wir haben es satt:
→ Unsere Forderungen 2021

Ernährungsräte:
→ Darum brauchen wir Ernährungsräte

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Ziele und Maßnahmen für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft	Die Union nennt kein Ziel für den Anteil ökologischer Landwirtschaft, will aber die Landwirtschaft *beim ökologischen Wandel begleiten*. Was das bedeutet, bleibt unklar, eine Distanzierung zur industriellen Landwirtschaft erfolgt nicht.	Die Grünen nennen die ökologische Landwirtschaft als Leitbild und planen umfängliche Maßnahmen dazu. So soll z.B. die Gemeinsame Agrarpolitik der EU darauf ausgerichtet werden, dass bis 2030 der Ökolandbau einen Anteil von 30% erreicht, der Pestizideinsatz soll verringert werden.	Die SPD nennt ebenfalls kein Ziel und bleibt ähnlich vage wie die CDU. Sie distanziert sich nicht von der industriellen Landwirtschaft. Die Agrarförderung möchte sie so ausrichten, dass umweltschonende Landwirtschaft mithalten kann und den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.	**Die Linke will bis 2030 25% ökologische Landwirtschaft. Dafür sollen die Zahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU an Umwelt und Sozialkriterien ausgerichtet und der Pestizideinsatz streng reglementiert werden.**	Die FDP sieht keinen Widerspruch zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft. Sie setzt auf Digitalisierung, Entbürokratisierung und ein Ende der Subventionierung.
Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe	Die Union will kleinere und mittlere Betriebe mit höheren Direktzahlungen fördern. Weitere Maßnahmen fehlen.	**Die Grünen wollen ein Ende der Bodenspekulation, den Ausverkauf von Flächen verhindern und bundeseigene Flächen an lokale bäuerliche Betriebe verpachten. Öffentliche Gelder sollen vorrangig an kleine und mittlere Betriebe gehen.**	Die SPD will Boden den Betrieben vor Ort zuführen und der Spekulation entziehen – leider bleibt es unkonkret.	**Die Linke will Marktmacht durch das Kartellrecht einschränken. Böden sollen für alle verfügbar gemacht werden, z.B. durch die Vergabe öffentlicher Flächen und eine Reform der *ordnungs-, steuer-, förder- und preisrechtlichen Regelungen*.**	Die FDP will eine *marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette*, um die fortschreitende Konzentration von Marktmacht aufzuhalten.
Stärkung der Position der Arbeiter*innen und Bäuer*innen	Die Union will nur die Junglandwirte-Prämie erhöhen.	**Die Grünen wollen mit konkreten rechtlichen Mitteln gegen Dumpingpreise und Konzentration in der Lebensmittelbranche vorgehen. Die Forderungen nach mehr Rechten für Beschäftigte sowie bessere Bedingungen für Saisonarbeiter*innen bleiben dagegen unkonkret.**	Die SPD will faire Preise für Nahrungsmittel und sich für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen einsetzen. Prekäre Beschäftigung von Wanderarbeiter*innen will sie bekämpfen. Leider nennt sie keine konkreten Maßnahmen.	**Die Linke fordert flächendeckende Tarifverträge. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sollen erhalten und über höhere Erzeugerpreise eine gerechtere Gewinnverteilung erreicht werden. Das Programm enthält konkrete Forderungen zur Verbesserung der Situation von Saisonarbeiter*innen**	Die FDP setzt allein auf faire Wettbewerbsbedingungen für eine Verbesserung der Situation von Landwirt*innen, ohne konkret zu werden.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Verringerung des Konsums von Fleisch und tierischen Produkten	Die Union nennt einige konkrete Maßnahmen beim Thema Tierwohl, z.B. Tierwohlstall-Förderungsgesetz, Fleisch- statt Tiertransporte. Auf der Nachfrageseite fordert die Union außerdem Ernährungsbildung, eine Tierwohlkennzeichnung und ein Nachhaltigkeitssiegel (neben dem Ökosiegel).	Die Grünen wollen Tierhaltung an Fläche und Obergrenze und Stall binden, tiergerechte und brandsichere Ställe zum Standard machen und andere Maßnahmen für das Tierwohl. Auf der anderen Seite wollen sie regionales und ökologisches Essen in öffentlichen Einrichtungen, die steuerliche Besserstellung von Fleischersatzprodukten und ökologisch und sozial gerechte Preisbildung bei Lebensmitteln. Die Grünen nennen mehr Maßnahmen auf der Nachfrageseite, bleiben aber insgesamt zu vage.	Für das Tierwohl will die SPD die Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Auf der Nachfrageseite fordert sie ein verpflichtendes Tierwohllabel und bleibt sonst vage. Die SPD will eine gesunde Ernährung für alle ermöglichen und dafür in staatlichen Einrichtungen entsprechende Verpflegung anbieten. Konsument*innen soll die nachhaltige Wahl erleichtert und ein Nachhaltigkeitslabel eingeführt werden.	Die Linke nennt zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls: 1,5 Hektar pro Großvieheinheit, Bestandsobergrenzen, Verbot von Lebendtiertransporten über 4 Stunden, Verbot von Verstümmelung, Küken-Schreddern, Anbindehaltung, Eingriffe und andere. Außerdem fordert die Linke eine bundesweite kostenlose Kita- und Schulverpflegung auf Basis regionaler Biolebensmittel und eine Vereinfachung der Lebensmittelkennzeichnung.	Die FDP fordert nur ein Tierwohllabel und die regelmäßige Kontrolle des Tierwohls sowie die schrittweise Überwindung der Anbindehaltung. Auf der Nachfrageseite will sie transparente Nährwertinformationen und Ernährungsbildung.
Verringerung von Lebensmittelabfällen	Die Union will der Nationalen Strategie *mehr Nachdruck verleihen*, Lebensmittelspenden vereinfachen und das Mindesthaltbarkeitsdatum anpassen. Ziel ist die Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030.	Die Grünen planen ein *Rettet-Lebensmittel-Gesetz* mit Reduktionszielen und dem Zwang für Handel und Produzenten, Lebensmittel weiterzugeben statt wegzuwerfen. *Containern* soll entkriminalisiert werden.	Die SPD will Produzent*innen und Handel untersagen, Nahrungsmittel wegzuwerfen.	Die Linke setzt auf verbindliche Reduktionsziele entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Supermärkte sollen aussortierte Lebensmittel kostenfrei zur Verfügung stellen.	Die FDP will das Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein dynamisches Verderbslimit ersetzen. Sonst nennt sie keine weiteren Maßnahmen.

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis, in der aktuellen Form aber auch ein erheblicher Treiber der Klimakrise und angesichts steigender Mieten für immer mehr Menschen kaum bezahlbar. Ein großer Teil der Treibhausgasemissionen für Bau und Betrieb von Gebäuden – zum Wohnen, Arbeiten und für die Freizeit – entsteht durch das Heizen mit fossiler Energie, vor allem durch Öl- und Gasheizungen. Daneben erzeugt auch der Neubau von Gebäuden mit Materialien wie Beton, Stahl und Ziegeln auf fossiler Basis große Mengen an Emissionen. Der Neubau stellt eine oft vernachlässigte, aber sehr relevante Emissionsquelle dar. In der Form von Eigenheimen und der Erschließung neuer Bauflächen versiegelt er Böden, zersiedelt Landschaften und zwingt dadurch zu mehr Verkehr, verteilter Infrastruktur und zerstört Ökosysteme. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person nimmt seit Jahrzehnten zu und ist dabei sehr ungleich verteilt, während gleichzeitig die Mieten in Ballungsgebieten und Großstädten explodieren. Neben der **Notwendigkeit Heizen und Bauen zu dekarbonisieren** ist daher die Forderung nach **bezahlbarem und gutem Wohnraum für alle** eine Grundvoraussetzung für ein gutes Leben.

Zur Verringerung der Emissionen ist es besonders wichtig, die **Häufigkeit und Qualität energetischer Sanierungen deutlich zu erhöhen** und den verbleibenden Wärme- und Kältebedarf durch Wärmepumpen, solarthermische Kollektoranlagen oder grüne Nah- bzw. Fernwärme zu erzeugen. Durch öffentliche Investitionen und verbindliche Vorgaben gilt es, energetische Sanierungen voranzubringen (bisher sind erst 4% der Gebäude vollständig energetisch saniert) und dabei gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze zu schaffen, inklusive der dafür notwendigen Umschulungen. **Damit der Umbau nicht mit ökologisch schädlichen und emissionsintensiven Materialien erfolgt, braucht es auch hierfür Standards.** Natürlich tragen energetische Sanierungen dazu bei, dass tendenziell weniger Kosten für das Heizen anfallen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass Mieter*innen und vor allem armen Haushalten durch anderweitige Steuern oder Sanierungsumlagen steigende Mietkosten entstehen und sie so unterm Strich mehr zahlen müssen. **Damit Sanierungen und höhere Energiepreise nicht Ungleichheit und Armut verstärken**, sollten Vermieter*innen oder die öffentliche Hand dafür aufkommen oder anderweitig ein Ausgleich geschaffen werden.

Um Emissionen durch Neubau zu vermeiden, ist es notwendig, **Wohnraum flexibler zu nutzen und besser zu verteilen**. Wo weiterhin Neubau notwendig ist, sollte dieser sozial und ökologisch gestaltet werden. So gilt es sicherzustellen, dass **Neubau nicht den Profitinteressen dient**, sondern Menschen zugutekommt, die Wohnraum benötigen und diesen aktuell nicht bezahlen können. Bestehender Wohnraum sollte den Zersiedelung vorantreibenden Bau von Eigenheimen vorgezogen werden. **Neu gebaut werden sollte weitgehend mit nachwachsenden und natürlichen Ressourcen** wie Holz und Lehm oder recycelten Materialien, wobei die sortenreine Verarbeitung auch zukünftige Möglichkeiten der Wiederverwendung ermöglicht. Dabei können die Förderung von nachwachsenden Rohstoffen, verbindliche Recyclingquoten sowie sinkende Verbrauchsobergrenzen für klimaschädliche Baustoffe sinnvoll sein.

Um die Notwendigkeit für Neubauten zu verringern und dem ständig steigenden Bedarf an mehr Wohnraum bei extremer Ungleichverteilung zu begegnen, sind **Suffizienz- und Umverteilungsmaßnahmen** notwendig – wenn auch bisher weitgehend vernachlässigt. Durch Maßnahmen zur Förderung suffizienter Wohnstile wie öffentlich organisierter Wohnungstausch oder gemeinschaftliches Wohnen, aber auch durch Abgaben für nicht genutzten Wohnraum, kann die durchschnittliche Wohngröße reduziert und Wohnraum gerechter verteilt werden.

Insgesamt gilt es, den Wohnungs- und Bausektor am Gemeinwohl und an ökologischen Zielen auszurichten – durch Maßnahmen zur Zurückdrängung vor allem am Profit orientierter privater Immobilienkonzerne und steigender Mieten, zur Förderung der Gemeinwohlorientierung im Wohnungssektor und zur Förderung von Bau- und Energiegenossenschaften.

zum weiterlesen

Architects4Future:
→ Statement

Wuppertal Institut:
→ CO2-neutral bis 2035. Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze

Daniel Fuhrhop:
→ Verbietet das Bauen! Eine Streitschrift

Klimaplan von unten:
→ Gerechte Wohn- und Raumplanung

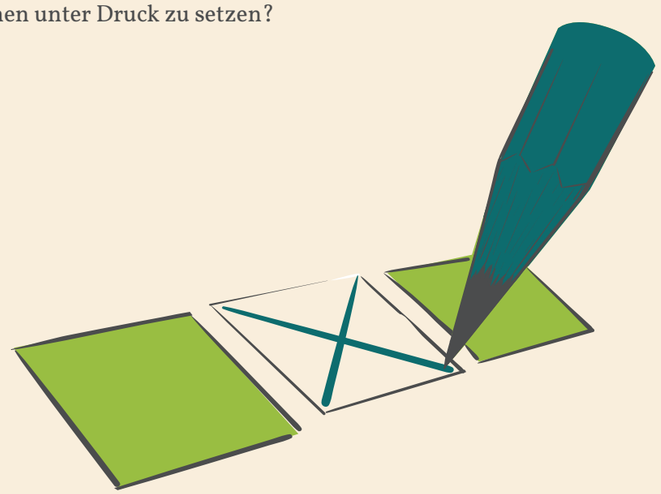
	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Zielvorgaben für energetische Sanierung und den Umbau der Heizsysteme hin zu erneuerbaren Energien	Die Union setzt vor allem auf Wärme- und Energieeffizienz, will aber auch die energetische Sanierung fördern. Die Maßnahmen sind jedoch sehr unkonkret: KfW-Programme verbessern, steuerliche Förderung, auch schrittweises Voranbringen des *Mieterstroms*, sodass vermeintlich alle Mieter*innen und Besitzer*innen von der Energiewende profitieren.	**Die Grünen fordern, dass die Sanierungsquote *sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert* wird und wollen Erneuerbare bei Eigentümerwechsel und Sanierung verpflichtend machen. Es soll ein Investitionsprogramm von 2 Mio. € bis 2025 für Wärmepumpen geben und auch Fern- und Nahwärme sollen dekarbonisiert sowie als verbundene Energiesysteme gefördert werden.**	Die SPD setzt darauf, dass der CO_2-Preis Investitionen lenkt und Vermieter*innen zur Modernisierung motiviert. Bis 2030 sollen 5 Mio. Häuser über Wärmepumpen versorgt werden, bis 2050 alle Gebäude mit erneuerbaren Energien beheizt werden.	Die Linke will mit einem *Klima-Check* aller Gebäude bis 2025 und verbindlichen Stufenplänen bis 2035 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren. Die Sanierungsquote soll mindestens verdreifacht werden, dabei sollen gute Arbeitsplätze entstehen.	Die FDP formuliert keine Ziele, setzt allein darauf, dass Wasserstoff helfen kann, Fossile zu ersetzen und die Digitalisierung zu mehr Energieeffizienz führt.
Sanierungen gehen nicht zulasten der Mieter*innen und armer Haushalte	Die Union erwähnt nur nebenbei, dass bei Sanierungen *vor allem Mieter vor finanzieller Überlastung geschützt sein* sollen.	Die Grünen wollen die Kosten für Sanierungen zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen aufteilen (Drittelmodell) und die Modernisierungsumlage strikt begrenzen. Die Kostensteigerungen für Mieter*innen werden über ein Klimawohngeld für Empfänger*innen von Wohngeld ausgeglichen, für andere jedoch nicht.	**Die SPD fordert, dass die durch den CO_2-Preis anfallenden Mehrkosten bei Sanierungen und für Wärme von den Vermieter*innen getragen werden (Warmmieten-Neutralität).**	Die Linke will Sanierungen sozialverträglich gestalten (*nahezu warmmietenneutral*), die Modernisierungsumlage abschaffen, das Wohngeld erhöhen und den Kündigungsschutz stärken. Wohnen gilt als Grundrecht.	Um steigenden Mieten zu begegnen, setzt die FDP allein auf eins: *Mehr Bauen.* Die Partei will Eigentümer*innen entlasten und nennt keine Maßnahmen zu sozial gerechter Sanierung.

	CDU CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Ausrichtung des notwendigen Neubaus an sozialen und ökologischen Kriterien	Die Union verspricht allgemein, *Bauen mit Holz und die Verwendung von Recyclingmaterial* zu fördern – Maßnahmen dazu fehlen aber. Vor allem setzt sie aber auf eins: *mehr, schnell, modern und bezahlbar bauen.* Durch Anreize, weniger Vorschriften und das Ausschreiben von mehr Bauland sollen bis 2025 mehr als 1,5 Mio. neue Wohnungen entstehen.	Die Grünen wollen eine *Bauwende*, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und eine Holzbaustrategie sowie dass alle Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral erfolgen. Sie wollen neuen Wohnraum schaffen, Mietobergrenzen im Bestand, die Mietbremse entfristen.	Die SPD will einen Markt für klimaneutrale Baumaterialien schaffen, auch durch öffentliche Nachfrage (schrittweise steigend und ab 2030 ausschließlich). Sie plant den Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich und ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium.	Die Linke will Klima-Neubaustandards gesetzlich deutlich anheben; Förderung sozialverträglicher energetischer Sanierung; ökologische Baumaterialien besser stellen und eine Ökobilanz für Neubauprojekte einführen, um Ressourcen zu sparen. Die Linke will 15 Mrd € in sozialen Wohnungsbau und Sanierungen investieren. Es soll Mietobergrenzen geben.	Die FDP fokussiert darauf, durch einen Baukosten-TÜV, Liberalisierungen und die Abschaffung von kostenverursachenden Normen das Bauen günstiger zu machen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Sie nennt keine ökologischen Kriterien.
Förderung suffizienter Wohnstile	Die Union setzt auf mehr Bauen, will Eigenheime und Einfamilienhäuser fördern. Die Politik ist damit das Gegenteil von Suffizienz.	Die Grünen wollen es Mieter*innen erleichtern, Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen, das Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz ausweiten, wollen gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand *verstärkt vorgehen.*	Die SPD setzt vor allem auf mehr Neubau, wobei dieser in Teilen sozial gestaltet werden soll. Zu suffizientem Wohnen gibt es keine Vorschläge.	Die Linke will kollektive Wohnformen wie Mietshäusersyndikate und Mieter*innen-Gemeinschaften fördern. Bezahlbarer Wohnraum soll vorrangig im Bestand geschaffen werden.	Das FDP-Programm steht für das Gegenteil von Suffizienz: mehr Bauen für diejenigen, die es sich leisten können.
Stärkung der Gemeinwohlorientierung im Wohnungs- und Bausektor	Die Union nennt außer der Weiterförderung von sozialem Wohnungsbau keine Ziele oder Maßnahmen.	Die Grünen wollen Boden- und Immobilienspekulation unterbinden, Wohnungsgesellschaften der Kommunen stärken und für 1 Mio. *gemeinnützige Wohnungen* in den Städten sorgen.	Die SPD fordert die Einführung einer Wohnungsgemeinnützigkeit und will so ein nicht-gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt fördern.	Die Linke will Immobilienkonzerne von der Börse nehmen, 50% des Wohnungsbestands in öffentlicher und gemeinnütziger Hand erreichen, steigende Bodenpreise stoppen, Vergesellschaftungen erleichtern und durch neue Wohnungsgemeinnützigkeit bis zu 250.000 Sozialwohnungen, kommunale oder genossenschaftliche Wohnungen pro Jahr schaffen.	Die FDP will *Marktkräfte entfesseln*, dadurch mehr Investitionen und mehr Bauen bewirken. Das allein soll soziale und ökologische Ziele erreichen.

Klimagerechtigkeit ist nicht wählbar. Klimazerstörung dafür schon!

So lässt sich in Kürze das Ergebnis dieser Analyse der Wahlprogramme zusammenfassen. Aus einer Perspektive, die a) die Klimawissenschaft und Emissionsbudgets ernst nimmt, die sich b) am Maßstab globaler Klimagerechtigkeit orientiert und die c) entsprechend eine sehr umfassende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft für notwendig hält, wird deutlich: **Selbst die aus Sicht der Klimagerechtigkeit weitgehendsten Wahlprogramme von Grünen und Linke haben zwar in Teilen ambitionierte Ziele, aber auch zahlreiche Leerstellen, was die dafür notwendigen Maßnahmen angeht.** Zudem zeigt die Erfahrung: Selbst wenn diese Parteien bei Wahlen relativ gut abschneiden, können notwendige Schritte nur durch starke soziale Bewegungen und eine aktive Zivilgesellschaft in Gang kommen – durch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft, durch eine umfassende Bewegung für Klimagerechtigkeit und das gemeinsame Ziel eines guten Lebens und einer gerechten Zukunft für alle. Klimagerechtigkeit ist also in doppeltem Sinne nicht wählbar: Sie ist zum einen grundsätzlich kein Ziel, das allein durch das Wählen der richtigen Regierungen erreicht werden kann. Zum anderen wäre das konkret vorliegende Angebot der Parteien nicht einmal dann hinreichend, wenn es – eine unrealistische Annahme – vollständig umgesetzt würde.

Trotzdem zeigen die Wahlprogramme bei allen Leerstellen und Unzulänglichkeiten, dass es einen **entscheidenden Unterschied macht, wer gewählt wird**. Wird die nächste Regierung, wie die letzte auch, nur unwirksame Scheinlösungen voranbringen, Klimazerstörung sehenden Blickes akzeptieren oder diese sogar aktiv vorantreiben? Oder werden zumindest in Ansätzen Schritte für eine effektive Klimapolitik gegangen und sozialen Bewegungen größere Spielräume eröffnet, die Regierungsparteien für noch ambitioniertere Ziele und Maßnahmen unter Druck zu setzen?



siehe Klimabudgets

FAZITS ZU DEN WAHLPROGRAMMEN 1 VON 2

Alle Parteien verfehlen Deutschlands noch verfügbares CO_2-Budget für global gerechte Pfade zu 1,5°C um ein Vielfaches.

- **CDU/CSU:** Das *Regierungsprogramm* spiegelt die Weigerung der Union wider, die Dringlichkeit der Klimakrise auch nur in Ansätzen anzuerkennen. Es klebt am Status Quo und befördert die Illusion, dass Marktmechanismen, grünes Wachstum und Technologieförderung unter höchstens marginal veränderten Rahmenbedingungen und Preissignalen irgendwie Klimaneutralität hervorbringen werden. Die in den einzelnen Sektoren vorgeschlagenen politischen Instrumente bieten maximal erste Ansätze. Eine umfassende sowie sozial gerechte Transformation und Dekarbonisierung sollen eher beiläufig realisiert werden.
- **Grüne:** Die Grünen setzen auf eine *sozial-ökologische Marktwirtschaft*, wollen durch umfassende Investitionen grünes Wachstum voranbringen und so in den nächsten 20 Jahren Klimaneutralität erreichen. Die konkreten Maßnahmen für sozial-ökologische Veränderung sind in vielen Sektoren sehr konkret und umfassend umrissen. Sozialer Ausgleich wird dabei systematisch mitgedacht, ohne aber ungleiche Macht- sowie Klassenverhältnisse als solche zu verändern und das Wirtschaftssystem grundlegend zu transformieren. Für umfassende globale Klimagerechtigkeit ist auch das Programm der Grünen zu schwach. Wirtschaftswachstum und Rebound-Effekte werden nicht kritisch genug aufgegriffen, das Vertrauen auf Marktkräfte ist zu stark. Das Programm setzt voraus, dass sich die illusionären Versprechungen eines *grünen* Kapitalismus erfüllen.
- **SPD:** Mit einigen progressiv klingenden Absichtserklärungen benennen die Sozialdemokrat*innen zwar immerhin einige zentrale Arbeitsfelder einer künftigen Transformation. Faktisch aber halten sie im Wesentlichen am Bestehenden fest – inklusive eines völlig unzureichenden Klimaziels. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind weitgehend ungenügend und vielfach unkonkret. Leider verkennt die Partei das große sozialpolitische Potential von partizipativ und gerecht gestalteten Strukturwandelprozessen und verpasst die Chance, allgemeine Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung von Arbeit und mehr Wirtschaftsdemokratie als sozialdemokratische Kernpositionen für das 21. Jahrhundert zu besetzen.

- **Linke:** Die Linke entwirft das umfassendste Programm für einen grundlegenden sozial-ökologischen Systemwechsel. Sie macht sehr viele konkrete Vorschläge für eine Veränderung der wachstums- und profitorientierten Gesellschaftsstrukturen sowie die Beschränkung und den Rückbau fossiler Konsum- und Produktionsmuster. Das Programm berücksichtigt an vielen Stellen Forderungen für globale Klimagerechtigkeit, geht hierin jedoch nicht so weit, wie es nötig wäre und ist teils widersprüchlich (bedingungsloses Festhalten an Industriearbeitsplätzen, Kohleausstieg erst 2030).
- **FDP:** Mit ihrem Ziel von Klimaneutralität bis 2050 fällt die FDP sogar hinter den aktuellen gesetzlichen Rahmen zurück. Die Partei ignoriert die verheerende Nicht-Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems und empfiehlt ihr immer gleiches Rezept aus Wirtschaftswachstum, mehr Marktwirtschaft, Deregulierung und Bürokratieabbau. Ihre wenigen klimapolitischen Instrumente fokussieren auf Subventionsabbau, CO_2-Preis und die Beförderung des technologischen Wandels. Vollkommen naiv wird unterstellt, dass soziale und ökologische Probleme auf diese Weise *nebenbei* behoben werden. Das Programm ist eine einzige Weigerung, die Dringlichkeit der Klimakrise anzuerkennen.

FAZITS ZU DEN WAHLPROGRAMMEN 2 VON 2

Aus Bewegungs- und Klimagerechtigkeitsperspektive lohnt neben diesen Unterschieden ein Blick auf die gemeinsamen Stärken und Schwächen aller Programme. Denn dieser zeigt den aktuell etablierten politischen Rahmen von Klimapolitik – das, was allgemein als sag- und machbar gilt.

Viele Versprechen – Wenige Maßnahmen

In Summe zeigt sich, dass Klimapolitik zwar auf der rhetorischen Ebene insgesamt einen deutlich höheren Stellenwert hat als bei allen bisherigen Wahlen – vor allem bei den Grünen, der Linkspartei und mit deutlichen Abstrichen bei der SPD. Trotzdem sind die von den Parteien formulierten Ziele unzureichend. Klimaneutralität bis 2045 oder 2050 ist nicht mit Klimagerechtigkeit und geteilter Verantwortung weltweit vereinbar, auch 2035 oder 2041 bedeuten aus heutiger Sicht schon die Überschreitung klimagerechter Budgets. Noch drastischer sieht es bei konkreten Maßnahmen aus, die oft nur in Ansätzen in die richtige Richtung gehen und meist unzureichend sind, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen.

Viel Wachstum – Wenig Rückbau

Alle Parteien haben mehr oder weniger ausgefeilte Vorschläge dazu, wie erneuerbare Energie gestärkt, E-Autos gefördert oder die Produktion von klimaneutralem Stahl unterstützt werden kann – und meist wird dies in die größere, nationale Erzählung von grünen Wachstumsmärkten und neuen Exportschlagern eingebettet. Viel weniger konkret, unverbindlich oder viel zu spät sind sie jedoch bei Zielen und Maßnahmen für den gleichzeitig notwendigen Rückbau fossiler, industrieller oder global nicht nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten, seien dies der Ausstieg aus Kohle und Gas, der Rückgang des Flugverkehrs, die Einschränkung der Automobilität oder der Um- und Rückbau der exportorientierten Autoindustrie.

Viel Technik – Wenig Gesellschaftsveränderung

Um die Dekarbonisierung der Gesellschaft voranzutreiben, setzen alle Parteien große Hoffnungen in technische Innovationen. Erneuerbare Energien, Elektrifizierung, innovative Antriebstechnologien oder klimaneutrale Produktionsprozesse sollen ermöglichen, dass die vorherrschende wachstums-, konsum-, und mobilitätsgetriebene Lebensweise weitgehend erhalten bleibt. Die Art, wie wir wohnen, uns bewegen, produzieren, arbeiten und essen muss sich aus Sicht der Parteien kaum verändern. Mit Ausnahme der Linken gehen alle davon aus, dass sich durch Technik Wachstum ausreichend stark von Umweltzerstörung entkoppeln ließe. Die gesamte Forschung, die diese Hoffnungen mit empirischen Belegen in Frage stellt, wird ignoriert. * Im Vergleich zum Fokus auf Technik kommt die notwendige umfassende Gesellschaftsveränderung – soziale Innovationen, Maßnahmen zur Reduktion von Konsum (Suffizienz) oder Veränderungen der Lebensweise – viel zu kurz.

Zu Entkopplung:

- Jason Hickel/Giorgios Kallis: *Is Green Growth Possible?*
- Timothée Parrique et al.: *Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*
- Lorenz T. Keyser/Manfred Lenzen: *1.5 °C Degrowth Scenarios Suggest the Need for New Mitigation Pathways*
- Kai Kuhnhenn et al.: *A Societal Transformation Scenario for Staying Below 1.5°C*
- Dominik Wiedenhofer et al.: *A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions, Part II: Synthesizing the Insights*
- Thomas Wiedmann et al.: *Scientists' Warning on Affluence*

Viel Markt – Wenig Politik

Insgesamt gibt es bei allen Parteien ein sehr großes Vertrauen auf die lenkende Wirkung des CO_2-Preises oder anderer ergänzender Marktmechanismen – und viel weniger Fokus auf politische Steuerung. Mit Ausnahme der Linken reicht dies vom alleinigen Setzen auf den Markt bei der FDP bis hin zur Ergänzung um vielfältige weiterführende Maßnahmen bei den Grünen. Im Vergleich zu diesem Fokus auf die Klimawirkung von Märkten kommen aktive Industriepolitik, ordnungspolitische Maßnahmen, verbindliche Standards und eine Demokratisierung der Transformation in den Wahlprogrammen nur am Rande vor. In ähnlicher Weise – und das hängt zusammen – setzen die Parteien weitgehend auf vermeintliche Win-Win-Strategien – bei denen alle von Klimapolitik profitieren – und scheuen sich vor Maßnahmen, die sich z.B. gegen die Interessen der fossilen oder Automobilindustrie richten.

Viel Industriestandort Deutschland – wenig globale Klimagerechtigkeit

Das Deutschland beim ökologischen Umbau Industriestandort und Exportweltmeister bleiben soll, halten alle Parteien (mit Ausnahme der Linken) für selbstverständlich. Das scheint auch für die Grünen die Eintrittskarte in den *seriösen* politischen Diskurs zu sein. Dabei werden wichtige Fragen nicht thematisiert: Ist diese grüne Wachstumsstrategie überhaupt mit globaler (Klima-)Gerechtigkeit kompatibel? Was bedeutet *grünes* Wachstum hier für den Rest der Welt? Wo kommen die Rohstoffe und die importierte Energie her und unter welchen Bedingungen? Wer trägt die Folgekosten der Aufrechterhaltung der imperialen Produktions- und Lebensweise? Ebenso fehlen fast durchgehend globale Kernforderungen aus der Klimagerechtigkeitsdebatte, vor allem was Reparationen für ökologische Klimaschulden angeht.

Klimagerechtigkeit ist zwar nicht wählbar.
Das heißt jedoch nicht,
dass sie nicht umsetzbar ist.

Wahlen alleine reichen nicht aus – es braucht den Einsatz von allen – und zwar nicht nur als Wählende, sondern als Menschen, die sich mit ganzem Herzen einsetzen. Für eine demokratische, soziale und klimagerechte Gesellschaft – in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen. Damit werden sie Teil der globalen Bewegungen, die sich gegen die Zerstörung stellen und Alternativen aufbauen. Veränderung entsteht durch Druck von unten – auf der Straße, in den Betrieben, in vielfältigen Initiativen für ein gutes Leben für alle. Gemeinsam verschieben wir den Rahmen dessen, was realpolitisch möglich ist.

Klimagerechtigkeit
Ist nicht wählbar.

Klimazerstörung
Hingegen schon!

Denn keine Partei
hat einen Plan
für 1,5°C!

IMPRESSUM
Herausgeber:
Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig
→ www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

Autoren:
Kai Kuhnhenn, Lasse Thiele, Matthias Schmelzer

Mitarbeit und Unterstützung:
Ronja Morgenthaler, Eva Mahnke

Gestaltung:
Diana Neumerkel

Stand:
2. (leicht korrigierte) Auflage, September 2021

konzeptwerk
neue ökonomie